

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 157

WINTER 2004/2005

€ 0,50

Antimuslimische Kampagne bedroht Immigranten, Frauen, Linke und Arbeiter Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!



Spartakist

Links: Multiethnische Demo der Rüsselsheimer Opel-Arbeiter am 19. Oktober. Arbeiterklasse hat soziale Macht, rassistischen Terror zu stoppen. Rechts: Brandanschlag auf muslimische Schule im niederländischen Uden



HOLLANDSE HOOGTE / LAIF

„Holland ist überall!“ Das ist der Schlachtruf, mit dem die deutsche Bourgeoisie und ihre führenden Politiker die so genannte „Integrationsdebatte“ gestartet haben. Die Debatte geht nicht so sehr um die Integration der Muslime bzw. der Bevölkerung mit türkischem, kurdischem oder arabischem Hintergrund, die die Herrscher dieses rassistischen kapitalistischen Systems weder erreichen wollen noch erreichen können. Und die Debatte dreht sich auch kaum um Holland. Die Ermordung des holländischen Regisseurs Theo van Gogh – anscheinend die Rache eines islamischen Reaktionärs für seinen provokativen Film über Unterdrückung von Frauen im Islam – war kaum mehr als ein willkommener Anlass für die Reaktion, die folgte: eine rassistische Kampagne, die darauf abzielt, Muslime als den potenziellen „inneren Feind“ zu isolieren und den Unterdrückungsapparat des Staates auszubauen. Bei einer Razzia in Boxtel im Süden der Niederlande wurden 29 angebliche Mitglieder der linken säkularen Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) unter der Anklage verhaftet, militärische Übungen auf einem Campingplatz durchgeführt zu haben. Dies unterstreicht, dass die jetzige Regierungskampagne eine tödliche

Bedrohung für die Linke und die Arbeiterbewegung darstellt.

In der folgenden Hysterie wurde der dubiose van Gogh, ein enger Freund und Bewunderer des rassistischen Rechtspopulisten Pim Fortuyn, in einen Nationalhelden verwandelt. In Holland brannten Moscheen und muslimische Schulen nach pogromartigen Angriffen antimuslimischer Mobs. Es gab Anschläge auch auf eine geringe Zahl christlicher Kirchen. Dies ging Hand in Hand mit einer Belagerung eines ganzen Immigrantens- und Arbeiterviertels von Den Haag wie in einem Polizeistaat. Scharfschützen der Polizei waren auf den Dächern stationiert, ein Hubschrauber kreiste über den Köpfen, der Luftraum war gesperrt, während die „Anti-Terror“-Elitespezialkräfte BBE und Polizeikräfte die muslimische Bevölkerung terrorisierten. „Terrorverdächtige“ wurden in Handschellen, halb nackt und mit verbundenen Augen durch die Straßen gezerrt. Das sind Bilder, die auf die größte mögliche Erniedrigung der muslimischen Bevölkerung zielen und an die Bilder aus den US-geführten Folterkammern von Abu Ghraib im Irak erinnern. Nahezu

Fortgesetzt auf Seite 25

1989/90: Der Kampf der IKL für ein rotes Rätedeutschland

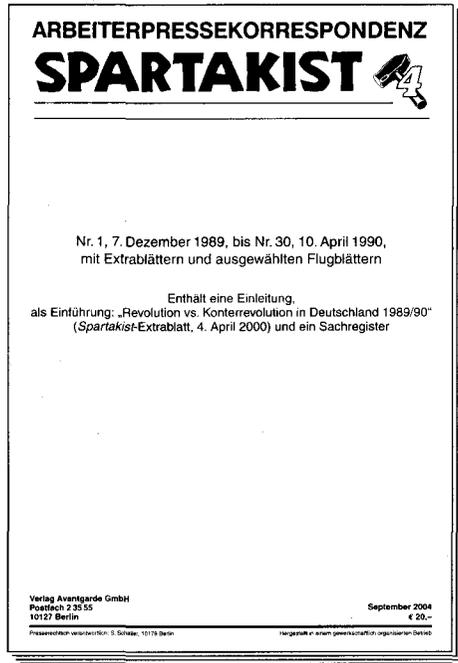
Arbeiterpressekorrespondenz:

Gebundene Ausgabe erhältlich!

Wir drucken nachfolgend die Einleitung aus der gebundenen Ausgabe der Spartakist-Arbeiterpressekorrespondenz ab. Bestellungen sind über die Kontaktadresse möglich. Preis pro Ausgabe: 20,- Euro.

Dieser Band enthält alle Ausgaben der *Spartakist-Arbeiterpressekorrespondenz* (Nr. 1, 7. Dezember 1989, bis Nr. 30, 10. April 1990), herausgegeben von uns Spartakisten während der sich entfaltenden proletarisch-politischen Revolution in der DDR 1989/90. Ebenso enthalten sind zusätzliche Flugblätter aus diesen „heißen Tagen“, in denen die Herausgabe unserer Propaganda enorm gesteigert war. Der *Spartakist* erschien wöchentlich, und wir brachten fast täglich die *Arbeiterpressekorrespondenz* heraus und verkauften sie im gesamten Territorium der DDR (mit Auflagen bis zu 50 000 Exemplaren). Erstmals in der Geschichte haben wir Millionen Exemplare trotzkistischer Propaganda in einem bürokratisch deformierten Arbeiterstaat verbreitet.

Die Internationale Kommunistische Liga unternahm die größte kontinuierliche Intervention in der Geschichte unserer Tendenz und stützte sich dabei auf die personellen Kräfte und die anderen Ressourcen aller Sektionen, um in Deutschland zu intervenieren – für den Sieg der proletarisch-politischen Revolution gegen die stalinistische Bürokratie und für eine soziale Revolution im Westen zum Sturz des deutschen Imperialismus – für ein Rotes Rätedeutschland! Am 21. Januar 1990 wurde als Fusion der Trotzkistischen Liga



Deutschlands und der Spartakist-Gruppen die Spartakist-Arbeiterpartei Deutschlands gegründet.

„Die Spartakisten“ waren ein Begriff unter Arbeitern, die gegen die kapitalistische Konterrevolution kämpfen wollten. In der *Arbeiterpressekorrespondenz*, die reißenden Absatz fand, riefen wir zur Gründung von Arbeiter- und Soldatenräten auf. Wir diskutierten mit Führern von Betriebskampfgruppen und arbeiteten mit ihnen zusammen bei der Produktion von Flugblättern, die zum Kampf gegen den Verkauf ihrer Fabriken an die Kapitalisten aufriefen. Unsere Zeitung wurde in den Einheiten der Nationalen Volksarmee breit diskutiert und führte zur Bildung von Soldatenkomitees, woraufhin die Stalinisten panisch gerade diese Einheiten auflösten. Wir forderten volle Staatsbürgerrechte für ausländische Arbeiter und veröffentlichten

als Ausdruck unseres internationalistischen Programms Grüße an kubanische, mosambikanische, vietnamesische und polnische Arbeiter. Wir verbreiteten unsere Presse unter sowjetischen Soldaten und Offizieren mit dem Ziel, das trotzkistische Programm zurück ins Land der Oktoberrevolution zu tragen: die Verteidigung der Oktoberereignisse durch die proletarisch-politische Revolution. Dies fand solche Resonanz, dass wir in Kasernen eingeladen wurden und Veranstaltungen abhielten. All das ist auf einmalige Weise dokumentiert in der *Arbeiterpressekorrespondenz*.

Fortgesetzt auf Seite 11

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga
(Vierte Internationalisten)

Redakteur: Steffen Singer
Produktionsleiterin: Renate Dahlhaus
Vertriebsleiter: Kurt Weiss

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10179 Berlin

Abonnement (4 Ausgaben) € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb
ISSN 0173-7430

Nr. 157

WINTER 2004/2005

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

Stoppt politische Zensur an der Offenen Uni Berlins!

„Antideutsche“ Lügen im Dienste des deutschen Imperialismus



NBC News



Spartakist

Links: Kriegsverbrechen in Falludscha – US-Soldat ermordet unbewaffneten schwer verwundeten Iraker in Moschee, 13. November 2004. Rechts: Rassistischer Aufmarsch der „Antideutschen“ gegen Immigranten in Kreuzberg und Neukölln am 10. Juli 2004

Nachfolgend drucken wir das leicht redigierte Flugblatt vom 4. Dezember ab, das wir aus Protest gegen die politische Zensur an der Offenen Uni Berlins (OUBS) geschrieben und in den letzten Wochen an der TU und HU verteilt haben, u. a. auf einer Vollversammlung der OUBS am 15. Dezember. Dort wurde über die Pläne der HU-Administration

Uni-Leitung – Hände weg von der OUBS!

diskutiert, die OUBS zum Ende des Wintersemesters aus ihrem Gebäude auf dem Charité-Campus zu schmeißen. Dies ist eine Fortsetzung der Geschichte der HU-Administration, Linke an der Uni zu verfolgen, um alle von der antikommunistischen Uni-Leitung unabhängigen politischen Aktivitäten zu unterdrücken.

Unterstützung erhält die Uni-Leitung dabei von ihren „antideutschen“ Schoßhündchen im RefRat. Im Protokoll vom 3. November aus dem OUBS-Infomail-System wird berichtet:

„Die OUBS hat keine einheitliche Politik gegenüber Attac. Dies wurde dem RefRat von Frau Kolb (Öffentlichkeitsreferat der Uni-Leitung) gesteckt. Der RefRat-HU hat eine Politik gegenüber Attac und die Herren Referenten Internat[ionalismus] und Antifa möchten, dass wir auch eine haben. Sonst könnte es sein, das Schluss ist mit Ini-Status und Kabel für PC-Pool gibt's dann vielleicht auch nicht.“

Im Klartext ist das eine Aufforderung des RefRat, die verleumderische Position der „Antideutschen“ zu übernehmen, dass Attac aufgrund ihrer „verkürzten Kapitalismuskritik“ antisemitisch sei.

Wir verteidigen die OUBS gegen die Bedrohung durch die Pläne der Uni-Leitung, unabhängig von ihrer politischen Zensur gegen uns, weil solche Pläne eine Bedrohung für

alle linken Studenten an der HU sind. Deswegen stellten wir auf der OUBS-Vollversammlung vom 15. Dezember den Antrag, am 6. Januar 2005 eine Protestaktion auf dem HU-Campus unter der Losung „Nein zum Rausschmiss der OUBS!“ durchzuführen und alle in der OUBS aktiven Gruppen aufzufordern, dafür zu mobilisieren. Doch unser Angebot, die OUBS tatkräftig zu verteidigen, brachte die ach so „offenen“ Führer der OUBS auf die Spitze ihrer kleinbürgerlichen Weißglut. Sie ließen unseren Antrag nicht abstimmen, aber hatten die Chuzpe, uns in perfekter „antideutscher“ Manier als Antisemiten zu diffamieren. Der RefRat muss begeistert sein. Und die Uni-Leitung muss sich freuen über so viel Energie, Kommunisten den Mund zu verbieten und dabei den Tod ihres eigenen „linken“ Projektes in Kauf zu nehmen. Die antikommunistische Zensur der OUBS-Chefs dient der anti-linken Politik der Uni-Leitung. *Es ist dringend notwendig für alle Linken an der HU: Verteidigt die OUBS gegen die Angriffe der Uni-Administration!*

Was würdet ihr davon halten, wenn der Typ auf dem linken Bild bzw. sein Fanclub (siehe rechtes Bild) bestimmen dürften, wer einen Veranstaltungsraum bei einem linken Projekt bekommt und wer nicht? Natürlich nichts! Wäre ja auch absurd ... aber Moment mal! Genau das geschah kürzlich beim Plenum der „Offenen“ Uni Berlins (OUBS) am HU-Campus-Nord (bei der Charité). Am 10. November stellten wir, die Spartakist-Jugend Berlin, den Antrag, alle zwei Wochen einen Raum für unsere Veranstaltungsreihe zu bekommen. In ihrer Überraschung unfähig sofort damit umzugehen, erfanden die selbsternannten Chefs erst mal die „Regel“, dass es eine Woche Bedenkzeit vor der Entscheidung geben müsse (sie gaben selbst zu, sonst nicht so zu verfahren), angeblich um sich über uns zu informieren. Aber diese Teilzeitbürokraten wissen ganz genau, wer wir sind! Seit 15 Jahren sind wir an der HU aktiv, und bekannt dafür,

Fortgesetzt auf Seite 4

Offene Uni Berlin...

Fortsetzung von Seite 3

an vorderster Front gegen Sozialraub, Sexismus, Rassismus, Antisemitismus und jede Form der Unterdrückung zu kämpfen, ob an der Uni oder anderswo. Als wir am 17. November wiederkamen, war ziemlich schnell klar, woher der Wind weht: Einer vom Studierenden-Parlament der HU war extra gekommen, um den Vorsitz zu übernehmen. Als Erstes ließ er einen älteren Typen sprechen, der eine Hetzrede gegen uns hielt, in der er uns als „Antisemiten“ diffamierte. Sein Beweis? Unsere klare Position in Verteidigung der Palästinenser gegen israelischen Staatsterror!

Unsere Genossen protestierten lautstark gegen diese üble Demagogie und wurden dafür noch ermahnt, doch bitte höflich abzuwarten, bis die Hetzrede vorüber ist. Ordnung muss schließlich sein! Ein Genosse wies auf unsere Geschichte im Kampf gegen Antisemitismus hin: „Das ist eine verleumderische Lüge! Wir waren es, die 1990 gegen das Vierte Reich und sein Einwanderungsverbot für sowjetische Juden protestiert haben!“ BOUM! Das war zuviel für die Freunde der Political Correctness. Viertes Reich?! Angeblich sei es eine Relativierung Hitlers Dritten Reiches, auf die Kontinuität der herrschenden Klasse in Deutschland hinzuweisen. Die gleichen Industriellen und Finanziere, die die Nazis an die Macht brachten und sich an Krieg und Zwangsarbeit bereicherten, profitierten von der „sozialen Marktwirtschaft“, nachdem sie im Kalten Krieg an ihre alten Positionen zurückkehrten; die gleichen Richter und Henker, die Hitlers Terror verbreiteten, bildeten das Rückgrat des „demokratisierten und denazifizierten“ Westdeutschlands. Der ganze Staatsapparat – Bundeswehr, BKA, Polizei, Verfassungsschutz, Justiz und Verwaltung – war durchsetzt mit „Ex“-Nazis. Wer wäre auch besser geeignet gewesen für den NATO-Kreuzzug gegen den Sowjetblock als eine Bande von erfahrenen Bolschewisten-Schlächtern? Bürgerliche Demokratie und Faschismus sind nicht dasselbe, aber beide dienen der Sicherung der Herrschaft der Kapitalistenklasse. Wenn die Herrschenden irgendwann

meinen, sie können die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten nicht mehr im Rahmen des Parlamentarismus niederhalten, werden sie keine Sekunde zögern, die faschistischen Bluthunde wieder von der Kette zu lassen. Und genau das versuchen Liberale und Sozialdemokraten zu vertuschen. Man muss auch gar nicht weit zurück in die Geschichte gehen, um zu sehen, dass die Bourgeoisie von Auschwitz immer noch herrscht. Nach der konterrevolutionären Einverleibung der DDR machte sich der ermutigte und erstarkte deutsche Imperialismus daran, alles zu zerstören, was an den deformierten Arbeiterstaat erinnerte. Um die HU von linken und DDR-Dozenten zu säubern, engagierte die damaligen Grüne Uni-Präsidentin Dürkop den ehemaligen SS-Sturmbannführer Krelle, um ihm dann, nach getaner Arbeit, die Ehrendoktorwürde zu verleihen. Natürlich interessierten sich diese vier oder fünf aufstrebenden Jungbürokraten, die bei der OUBS schon mal für ihre Karrieren in den Parteiapparaten von SPD/PDS/Grünen üben, nicht wirklich für irgendeine angebliche Relativierung. Tatsächlich waren diese Liberalen und Sozialdemokraten empört darüber, dass wir es wagen, die frisch gewaschene weiße Weste des ach-so-demokratischen Deutschlands mit der Wahrheit zu „beschmutzen“. Auch wenn sie dafür keinen Ehrendoktor bekommen sollten, Außenminister Josef Fischer wäre trotzdem stolz auf sie. Unweigerlich erinnert man sich an sein zerkratschtes Gesicht und seine betont weinerliche Stimme, als er 1999 von KZs im Kosovo fantasierte. Mit „Nie wieder Auschwitz!“ als Schlachtruf startete die SPD/Grünen-Regierung dann den ersten Kriegseinsatz der Wehr...äh...Bundeswehr nach dem Zweiten Weltkrieg, um zusammen mit der NATO in Hitlers Fußstapfen Serbien zu bombardieren. Wir sagen: **Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan!**

Andere Mächtegern-Bürokraten versuchten davon abzulenken, dass es sich bei dem Manöver um eine **politische Zensur** handelt. Sie meinten, wir seien hierarchisch strukturiert und damit undemokratisch und deshalb verboten. Aber der Grund, warum sie uns aus der angeblich „Offenen“ Uni ausschließen, ist, weil sie politische Differenzen mit uns haben, besonders in Bezug auf Israel/Palästina. Genau deshalb haben sie sich einen „Antideutschen“ eingeladen, dem Plenum zu verkaufen, warum wir nicht rein dürfen. Die „Antideutschen“ sind antiarabische Rassisten, die Schilys endlosen „Krieg gegen den Terror“ unterstützen, indem sie Linke und Immigranten angreifen, vor allem diejenigen, die sich klar gegen die Unterdrückung der Palästinenser stellen. Sie verbreiten die Lüge, Antizionismus wäre das Gleiche wie Antisemitismus. Damit sind sie ganz auf Regierungslinie, denn auch Balkanschlächter Fischer erklärte: „Antizionismus führt unvermeidlich zu Antisemitismus!“

Was die „Antideutschen“ an uns besonders hassen, ist, dass unsere internationalistische Position dieses Konstrukt zunichte macht: Wir kämpfen für arabisch/hebräische Arbeiterrevolution, um die kapitalistischen Herrscher Israels und der anderen Staaten der Region zu stürzen. Im Rahmen des Kapitalismus gibt es keine gerechte Lösung, wenn zwei Nationen, wie in Israel/Palästina, dasselbe Stück Land für sich beanspruchen: Entweder unterdrückt die zionistische Bourgeoisie die Palästinenser, oder die Bedingungen der Unterdrückung drehen sich um. Dass sich ein paar sozialdemokratische Studentenbürokraten Stichworte von den „Antideutschen“ geben lassen, verwundert nicht: Als am 19. Juni 2003 zwei „antideutsche“ Provokateure versuchten, unsere Veranstaltung im Seminargebäude am Hegelplatz zu verhindern, war unter der Meute, die zu ihrer Unterstützung eilte, auch Gunnar Zerowsky, der für die HU-Jusos im Stupa sitzt. Diesen Angriff konnten wir zurückschlagen, aber

Fortgesetzt auf Seite 11

Bestellt!

Artikel zum Thema,
erschienen in *Spartakist*
Nr. 148, Nr. 152 und Nr. 153:

„Wie die antisemitische
deutsche Bourgeoisie dem
Staat Israel hilft –
Holocaust, deutscher Imperia-
lismus und Zionismus“

„Antinationale/Antideutsche“:
Schlägertrupps für
SPD/Grünen-Regierung!“

„Humboldt-Uni Berlin:
Vollversammlung verurteilt
Verleumdungen durch
„Antideutsche““

€ 1,50

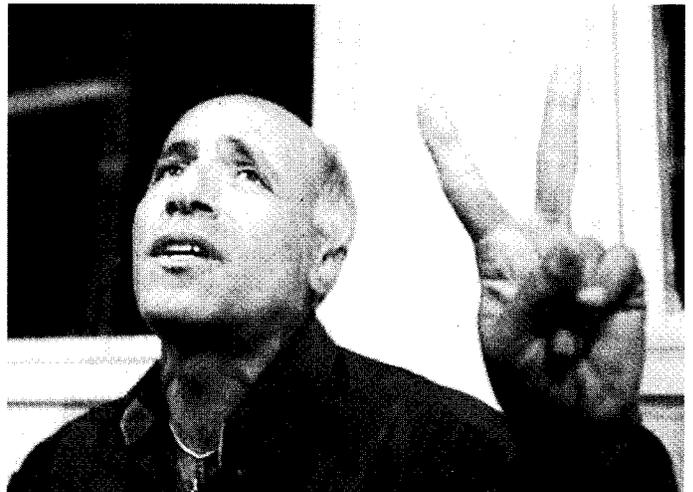


Weg mit dem Maulkorberlass!

Israel: Hände weg von Mordechai Vanunu!

Am frühen Morgen des 11. November stürmten mehr als 30 mit Maschinengewehren bewaffnete Polizisten die St.-Georgs-Kathedrale in Ostjerusalem, um Mordechai Vanunu, den mutigen Aufdecker von Israels riesigem verborgenem Atomwaffenarsenal, erneut zu verhaften. Er wurde zusammen mit seinem Laptop und seinen Papieren gepackt und nach Petah Tikva, dem Verhörzentrum der Shin Bet (Innere Sicherheit) in der Nähe von Tel Aviv, gebracht, wo er zehn Stunden lang verhört und dann gegen Kautions in den Hausarrest entlassen wurde. Am 17. November wurde er erneut zu weiteren Verhören abgeholt. Der wahnsinnige und rachsüchtige zionistische Staat wird keine Ruhe geben, ehe Vanunu nicht für immer zum Schweigen gebracht worden ist, weil dieser vor fast 20 Jahren enthüllt hat, dass Israels kapitalistische Herrscher genug Atomwaffen haben – und auch die entsprechenden Raketen dafür –, um nicht nur jede arabische Hauptstadt einäschern, sondern auch um wichtige Städte in der Sowjetunion bombardieren zu können.

Am 21. April wurde Vanunu nach 18 Jahren Haft, elfeinhalb davon waren Einzelhaft, aus der berüchtigten Gefängnishölle von Aschkelon entlassen. 1986 war Vanunu, ein ehemaliger Techniker in der Atomwaffenanlage von Dimona, vom Mossad (Israels Geheimdienst) in Italien entführt, betäubt und unter völliger Geheimhaltung vor Gericht gestellt worden, nachdem er gegenüber der Londoner *Sunday Times* enthüllt hatte, dass Israel über 200 atomare Spreng-



Reuters

Heroischer Atomspion Mordechai Vanunu spricht mit Reportern im Gericht nach seiner Verhaftung am 11. November 2004

köpfe angesammelt hat und Wasserstoff- und Neutronenbomben baut. Obwohl Vanunu seine volle Gefängnisstrafe abgesessen hat, benutzt die israelische Regierung ein Notstandsgesetz von 1945, als Palästina noch britisches Mandatsgebiet war, um Vanunu innerhalb der Landesgrenzen

Fortgesetzt auf Seite 6

Spartakist grüßt die neuen Leser!



Spartakist

Ergebnis der Spartakist-Abokampagne

Ortsgruppe	Quote	Erreicht	Prozent
Berlin	110	118	107%
Hamburg	125	128	102%
Auf Entfernung	10	29	290%
Gesamt	245	275	112%

Abonniert jetzt!

- Jahresabo (4 Ausgaben): € 4,-
 Auslandsabo: € 7,50; Übersee Luftpost: € 10,-
 Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

157

Bestellt bei: Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

Mordechai Vanunu...

Fortsetzung von Seite 5

regelrecht gefangen zu halten. Er steht zwar nicht mehr unter Hausarrest, es ist ihm aber weiterhin untersagt, das Land zu verlassen, mit Nicht-Israelis zu sprechen, sich in der Nähe von Flughäfen, Häfen oder Botschaften aufzuhalten, und er wird rund um die Uhr von der Polizei überwacht.

Sobald er die Gefängnistore hinter sich gelassen hatte, gab Vanunu eine Pressekonferenz und er setzt sich weiterhin vor der internationalen Presse couragiert für eine Verurteilung der zionistischen Weltuntergangsmaschinerie ein. In einem Gespräch mit Amy Goodman in ihrer Show *Democracy Now!* sagte Vanunu am 18. August:

„Ich bin sehr glücklich und froh, dass ich ... der ganzen Welt und dem israelischen Volk die Augen geöffnet habe über das wahre Gesicht Israels, das die Welt gewöhnlich jeden Tag, jede Stunde an ‚Holocaust, Holocaust‘ erinnert, aber in Wirklichkeit eine Holocaust-Fabrik [hat]. Dieser jüdische Staat hat Holocaust-Waffen hergestellt.“

In einer anderen Zelle desselben Gefängnisses Aschkelon saß Marcus Klingberg, der vertrauliche Kenntnisse über Israels anderes geheimes Arsenal der Massenvernichtung hatte, nämlich seinen Vorrat an chemischen und bakteriologischen Waffen (siehe „Free Israeli Scientist Marcus Klingberg!“ [Freiheit für den israelischen Wissenschaftler Marcus Klingberg!], *Workers Vanguard* Nr. 596, 18. März 1994). Klingberg arbeitete in Nes Tziona, dem streng geheimen Forschungszentrum, in dem „nichtkonventionelle Waffen von Viren bis zu Pilzgiften“ entwickelt wurden (*Le Nouvel Observateur*, 6. Januar 1994). Man ließ Klingberg 1983 verschwinden, machte ihm im Geheimen den Prozess und verurteilte ihn zu 20 Jahren wegen Spionage für den sowjetischen degenerierten Arbeiterstaat – kein Verbrechen in den Augen der internationalen Arbeiterklasse. Er wurde schließlich 1998 in den Hausarrest entlassen und durfte 2003 im Alter von 84 Jahren Israel verlassen.

Fast zur selben Zeit, als die israelische Polizei Vanunu verhaftete, um ihm noch einmal zu drohen, tötete das israelische Militär drei ägyptische Grenzpolizisten mit einer Panzergranate, die auf die ägyptische Seite der Grenze bei Rafah in Gaza abgefeuert wurde, und sagte dann, man habe die Ägypter versehentlich für palästinensische „Terroristen“ gehalten. Scharons Gaza-„Rückzugs“plan bedeutet die Eskalation des israelischen Terrors gegen die belagerten palästinensischen Massen. Die tägliche Anzahl an Todesopfern unter den Palästinensern nimmt nicht ab, und sowohl in Gaza als auch in der Westbank wurde nach dem Tod von Jassir Arafat eine Ausgangssperre gegen die Bevölkerung verhängt. Etwa 7400 Palästinenser sind in israelischen Gefängnissen eingesperrt. Wir fordern die sofortige Freilassung aller Opfer des zionistischen Staatsterrors und den Rückzug aller israelischen Truppen und Siedler aus den besetzten Gebieten!

Als sephardischer Jude, dessen Familie aus Marokko ausgewandert war, hat Vanunu eigene Erfahrungen mit der Diskriminierung unter dem aus Europa stammenden Establishment der Aschkenasim. Das führte zu seiner aktiven Entfremdung vom Zionismus. Als

Student an der Ben-Gurion-Universität von Beerscheba identifizierte er sich mit den palästinensischen Studenten, die er kennen lernte, und beteiligte sich an Demonstrationen für die Gleichberechtigung der Palästinenser und gegen den Libanonkrieg von 1982. Vanunu wird außerdem in Israel verachtet, weil er 1986 zum Christentum konvertierte. Nach seiner Entlassung aus dem Gefängnis suchte er Zuflucht in der Kirche von Ostjerusalem, weil es von Israelis Morddrohungen gab, und er bemerkte, dass die Palästinenser in seiner Nachbarschaft ihn freundlich aufgenommen haben. In einem Interview mit dem Londoner *Guardian* (15. November) sagte er:

„Seit der zweiten Intifada hat sich die Lage sehr verschlechtert. Ich war immer optimistisch, doch als ich heraus kam und die Mauer sah und die Wirklichkeit ... junge Leute leben hier ohne jede Hoffnung.“

Die US-Bourgeoisie wiederholt oft den Refrain, ihr Juniorpartner Israel sei „die einzige Demokratie im Mittleren Osten“. Die unzähligen Gefängnisfolterkammern, in denen palästinensische Gefangene leiden, die elektrisch geladenen Zäune von Gaza sowie die drei Stockwerke hohen Betonmauern und die Kontrollpunkte der Westbank entlarven das Gerede von israelischer „Demokratie“ als Lüge. Vanunu enthüllte, dass sich die überwiegende Mehrzahl der „Massenvernichtungswaffen“ im Nahen Osten in den Blut triefenden Händen des zionistischen Garnisonsstaats befindet, der seit Jahrzehnten von der US-Bourgeoisie finanziell unterstützt wird.

Die IKL und das Partisan Defense Committee haben international aktiv für die Freilassung von Mordechai Vanunu gekämpft. Nachdem der israelische Oberste Gerichtshof im Juli alle Einschränkungen der Bewegungs- und Meinungsfreiheit von Vanunu bestätigt und verschärft hatte, schrieb das PDC am 7. August einen Protestbrief und schloss sich all denen an, die über die endlosen Akte rachsüchtiger Repression empört sind. Wir erklärten:

„Vanunu hätte keinen einzigen Tag hinter Gittern verbringen dürfen. Wie wir oft wiederholt haben, schuldet die gesamte Menschheit Vanunu ungeheuren Dank.“

Hände weg von Mordechai Vanunu! Nieder mit dem Maulkorberlass! Lasst ihn Israel auf der Stelle verlassen!

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 837, 26. November 2004



Spartakist

Berlin, Humboldt-Universität, 15. November: Spartakist-Jugend protestiert gegen erneute Verhaftung und Hausarrest von Mordechai Vanunu

Bericht vom Opelstreik

Am 9. Dezember verkündeten die Opel-Bosse und ihre Handlanger der Betriebsratsführung das Ergebnis der Verhandlungen: Die Bosse setzten sich damit durch, an die 10 000 Arbeitsplätze in den deutschen Opel-Werken zu streichen. 3000 sollen in Altersteilzeit geschickt werden und 6500 sollen über eine „Beschäftigungsgesellschaft“, mit einem Jahr Verzögerung, in die Arbeitslosigkeit geschickt werden oder mit Abfindungen gehen. Während der Betriebsrat die Zerstörung von zehntausend Arbeitsplätzen als Erfolg feiert, da es keine „betriebsbedingten“ Kündigungen gegeben hat, wird schon die nächste Runde von Angriffen auf die Löhne und Arbeitsbedingungen der Opel-Arbeiter vorbereitet. Die Bosse reden von Verlängerung der Arbeitszeit auf 40 Stunden und/oder Kürzung der übertariflichen Zulagen. Die Schließung von Betrieben ist überhaupt nicht vom Tisch, was die Betriebsratsbonzen als Forderung aufstellten, und die Job-Garantie bis 2010, um die jetzt noch verhandelt werden soll, nicht mehr als eine Illusion. Wie ein Arbeiter zu der *Frankfurter Rundschau* (10. Dezember) sagte: „Wir stehen genau da, wo wir vor zwei Monaten gestanden haben... Wir haben zu früh aufgehört.“ Tatsächlich haben die IG-Metall-Führung und die Betriebsratsfürsten den Kampf in die Sackgasse geführt, um genau einen solchen „verantwortlichen“ Deal mit den Bossen zu machen. „Sozialpartnerschaftliche“ Klassenzusammenarbeit geht auf Kosten nur der Arbeiterklasse. Für Klassenkampf gegen die angedrohten Angriffe auf Löhne und Arbeitszeit, Entlassungen und Betriebsschließungen!

Nachfolgend drucken wir den Augenzeugenbericht von einem unserer Genossen ab.

Am 14. Oktober erfuhren die Opel-Arbeiter in Bochum, Rüsselsheim und anderen Standorten, dass es in ihren Betrieben Massenentlassungen und Werksschließungen geben soll. Die Arbeiter von Opel Bochum reagierten sofort mit einem Streik und besetzten die Werkstore, damit keine Teile mehr an andere europäische GM-Fabriken ausgeliefert werden konnten. Zu den Lehren des Streiks siehe auch unser Flugblatt „Lehren des Opel-Streiks: Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!“ vom 1. November auf Seite 9.

Spartakist-Verkäufer waren während der gesamten Zeit vor den Werkstoren. Wir haben unsere Solidarität mit dem Streik ausgedrückt, mit den Arbeitern diskutiert und unsere Zeitungen verkauft. Vor den Werkstoren, auf Demonstrationen und Veranstaltungen sowie auf der Bochumer Universität verkauften wir 140 Zeitungen und mehrere Abonnements zu *Spartakist*. Ursprünglich sollte es am 14. Oktober nur eine kurze Informationsveranstaltung geben, um über den für den kommenden Dienstag geplanten europäischen Aktionstag in allen Opel/General-Motors-Werken zu informieren. Aber die Arbeiter entschieden sich gegen die Pläne der Betriebsratsführung, nur eine Informationsveranstaltung durchzuführen. Alle drei Opel-Werke in Bochum gingen in den Streik. Als LKWs mit Teilen das Werk verlassen wollten, wurden die Tore mit Gabelstaplern blockiert. Von Beginn an wurde der Streik solide geführt. Alle Tore waren wirklich dicht, es sind keine Teile in andere Opel-Betriebe geliefert worden und das Band ist nicht gelaufen. Die



Spartakist

Opel-Werk Bochum: Streikende Arbeiter blockieren das Werkstor und machen den Betrieb dicht

Lackierer in einem Betriebsteil wollten weiter arbeiten, aber die Elektriker haben ihnen den Strom abgeklemmt und den Streikbruch effektiv verhindert. Im Bochumer Opel-Werk werden Teile, hauptsächlich Achsen, für die Produktion in anderen Opel-Werken hergestellt. Der Streik wurde gegen die Politik der Betriebsratsführung organisiert, hauptsächlich von Vertrauensleuten, kämpferischen Gewerkschaftern und der reformistischen Marxistisch-Leninistischen Partei Deutschlands (MLPD). Zu Beginn jeder Schicht gab es Versammlungen der Arbeiter im Betrieb, auf denen abgestimmt wurde, ob weiter gestreikt wird oder nicht. Auf den Versammlungen der Arbeiter zu Schichtbeginn gab es immer wieder Versuche seitens der Führung des Betriebsrats, die Arbeiter wieder zur Aufnahme der Arbeit zu bewegen. Denn spätestens ab dem 20. Oktober hatte der Streik auch Auswirkungen auf andere Opel-Werke, wo wegen fehlender Teile nicht weitergearbeitet werden konnte.

Auf Kundgebungen vor dem Werkstor wurde über den aktuellen Stand informiert. Die streikenden Opel-Arbeiter haben besonders aus der ganzen Region, aber auch aus ganz Deutschland und international Unterstützung bekommen. Viele Betriebe aus dem Ruhrgebiet schickten Delegationen und haben Solidaritätsadressen und gesammeltes Geld übergeben. Viele Geschäfte in Bochum hatten Solidaritätsplakate aufgehängt, Lebensmittelgeschäfte haben Essen gespendet. Schulklassen und Kindergärten sind zum Tor gekommen. Ein Großteil der Versorgung der Streikenden mit Essen und Trinken wurde von der MLPD organisiert. In Bochum haben die Arbeiter gegen die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung gestreikt, die verhindert hat, dass sich die Arbeiter von Opel Rüsselsheim dem Streik anschließen. Von der IG Metall gab es auch sonst keine Unterstützung. So bedankte sich ein Arbeiter bei einer Kundgebung vor dem Werkstor bei der Gewerkschaft ver.di für die gebrachten Brote zur Unterstützung der Streikenden und ihrer Familien, aber bemerkte verwundert: „Ich suche

Fortgesetzt auf Seite 8

Streikbericht...

Fortsetzung von Seite 7

meine Gewerkschaft“, was alle zum Lachen brachte. Eine andere Rednerin sagte dazu richtigerweise: „Aber wir sind auch die Gewerkschaft.“

Die soziale Macht der Arbeiterklasse brachte ein Redner zum Ausdruck, als er sagte, die Amerikaner haben einen Fehler gemacht: Sie haben einen Krieg im Irak angefangen und auch hier in Bochum. Hier werden sie verlieren. Einige Arbeiter sagten in Diskussionen, dass das amerikanische Management Schuld sei und mit einem deutschen Management wäre alles anders oder besser. Dann haben wir über Daimler und Siemens gesprochen. Es gibt keine guten deutschen Kapitalisten. Daimler hat in den USA viele Arbeitsplätze abgebaut. Die Arbeiter sollten sich nicht entlang nationalistischer Linien spalten lassen.

Zur SPD gab es verschiedene Reaktionen. Einige Arbeiter waren weiterhin loyal der SPD gegenüber, aber viele hatten wegen der Agenda 2010 und Hartz IV die Nase voll von der SPD. Viele Diskussionen gab es auch über das Opel-Werk im polnischen Gliwice. Offen antipolnischen Chauvinismus haben wir nicht gehört, aber es gab schon eine Stimmung: „Wir können mit den Löhnen dort nicht mithalten.“ Warum auch? Die Arbeiter in Deutschland müssen den Arbeitern in Polen helfen, menschenwürdige Löhne und Arbeitsbedingungen zu erkämpfen, gegen die von der Konterrevolution voll entfesselte kapitalistische Profitgier. Dafür brauchen wir eine revolutionäre Partei, basierend auf einem Programm für internationalistischen Klassenkampf. Letzten Endes kann nur eine geplante Wirtschaft unter der Kontrolle der Arbeiterklasse die schreienden ökonomischen und sozialen Unterschiede zwischen den verschiedenen Ländern beseitigen.

Wir sprachen auch die Notwendigkeit, für volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten zu kämpfen, offensiv an. Zuerst haben viele Arbeiter nicht verstanden, was das mit dem Streik zu tun hat. Aber in den Diskussionen konnten wir dann klar machen, dass die chauvinistischen Arbeitsverbote gegen osteuropäische Arbeiter und die eingeschränkten „Arbeiterlaubnisse“ den deutschen Bossen ein rechtloses, der Superausbeutung viel mehr ausgeliefertes, „illegales“ Proletariat verschaffen, mit dem die Bedingungen am untersten Ende der Lohnskala weiter verschärft werden. Sie spalten die Arbeiterklasse und erschweren es, dass sich die Arbeiter über die ethnischen Linien hinweg hier gegen die Bosse zusammenschließen. Dagegen ist der Kampf für gleiche Rechte für alle, die hier leben und/oder arbeiten, unerlässlich.

Wir gaben jedem Käufer von *Spartakist* auch unser Extra „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“ über unseren Kampf gegen die kapitalistische Wiedervereinigung und für ein rotes Rätendeutschland. Die kapitalistische Wiedervereinigung war eine große Niederlage für die Arbeiterklasse und alle Unterdrückten. Als Folge der kapitalistischen Wiedervereinigung gibt es ständig Angriffe auf die Arbeiterklasse und Massenentlassungen.

Die Frage des Kampfes für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung und die Rolle der SPD, die Arbeiterklasse an den Kapitalismus zu binden, machten wir bei den meisten Diskussionen zu einem zentralen Thema. Die Arbeiter waren offen dafür, da ihr Streik von der Sozialdemokratie bekämpft wurde. Sie konnten den Verrat sehr konkret fühlen.

Am 19. Oktober gab es eine große Demo im Rahmen des europäischen Aktionstags, der offiziell von der IG Metall organisiert war. An der Demo nahmen ca. 20.000 Leute teil. Hauptsächlich demonstrierten die Opel-Arbeiter, aber auch einige hundert Mitglieder der IG Bergbau, Chemie und

Energie sowie Teile der Bochumer Bevölkerung, die sich mit den Opel-Arbeitern solidarisierten. Vor Betrieben und Läden entlang der Demoroute zeigten die dort Beschäftigten ihre Unterstützung. Während der Demo gab es das Gerücht, dass nach der Demo wieder gearbeitet werden soll, wie es die IG-Metall-Führung gerne gehabt hätte. Viele Arbeiter sind noch während der Demo schnell zum Betrieb zurück, da sie besorgt waren, die Abwesenheit eines großen Teils der Streikenden könnte dazu benutzt werden, den Streik zu brechen. Ein Arbeiter sagte, dies sei eigentlich nicht ihre Demo, da sie von der Gewerkschaftsführung, die den Streik überhaupt nicht unterstützt, organisiert war. Der Streik blieb solide. Die Spätschicht hatte entschieden, weiter zu streiken.

Am selben Abend demonstrierte die faschistische NPD am Bochumer Bahnhof. Ca. 60 Nazis konnten, von einem massiven Polizeiaufgebot geschützt, demonstrieren und ihren rassistischen Dreck lautstark in Bochum verbreiten. Die Gegendemo war leider nur sehr klein und unorganisiert. Eine erfolgreiche Mobilisierung der multiethnischen Opel-Arbeiter, um diesen Nazi-Aufmarsch zu verhindern, wäre ein großer Schritt vorwärts gewesen. Der Streik wäre dadurch gestärkt worden und über die Grenzen eines gewerkschaftlichen Kampfes hinausgegangen.

Später am Abend des 19. Oktober wurde bekannt, dass es am 20. Oktober eine Betriebsversammlung geben soll, um darüber abzustimmen, ob der Streik fortgesetzt oder beendet wird. Nachdem es der Betriebsrats- und der Gewerkschaftsführung nicht gelungen war, den Streik nach der Demo zu beenden, war dies nun ein erneuter Versuch den Streik abzuwürgen. Bisher hatten immer die aktiven Arbeiter entschieden und jetzt wurden alle Beschäftigten, einschließlich der leitenden Angestellten, befragt und die Bosse waren auch anwesend.

Die Betriebsversammlung fand um 11.00 Uhr in der Bochumer Kongresshalle statt. In Diskussionen vor der Versammlung sagte ein Arbeiter, die Versammlung könne benutzt werden, um jetzt die geschwächten Streikposten zu überrumpeln. Vor jedem Tor blieb nur ein Posten zurück. Er befürchtete auch, falls es ein Votum für die Fortsetzung des Streiks geben würde, dann könnte es sein, dass die Polizei in Abwesenheit der Streikenden das Gelände besetzen würde, um dann die Streikbrecher reinzuholen.

Die Versammlung war für viele Arbeiter ein Hohn. Es gab nur eine Frage zur Abstimmung und die lautete: „Soll der Betriebsrat die Verhandlung mit der Geschäftsleitung weiterführen und die Arbeit wieder aufgenommen werden? Ja oder Nein?“ 6463 Stimmen wurden abgegeben, 4647 Stimmen waren dafür und 1759 dagegen. Das Werk hat aber insgesamt 9600 Beschäftigte, viele waren also gar nicht erst gekommen.

Durch die Fragestellung fühlten sich viele Arbeiter verarscht. Ca. 750 Arbeiter verließen vor der Abstimmung den Saal bzw. schmissen den Stimmzettel weg. Reden gab es nur vom BR-Vorsitzenden Hahn und vom Bochumer IGM-Vorsitzenden Hinse, die beide gegen den Streik waren. Es wurde keine Diskussion zugelassen, obwohl 20 Arbeiter mit einem Banner nach vorne gingen und reden wollten. Angeblich war dafür keine Zeit, da die Kongresshalle nur begrenzte Zeit zur Verfügung stand. Tatsächlich war dies nicht der Fall, die Halle stand den ganzen Tag zur Verfügung. Der Grund für die Eile war, dass der BR dem Management bereits vor der Versammlung zugesichert hatte, dass die Spätschicht wieder arbeiten wird. Nach der Bekanntgabe des Abstimmungsergebnisses verließen die Arbeiter fluchtartig die Kongresshalle, die Enttäuschung war vielen anzusehen. Wir fuhren dann zum Tor 1. Dort wurden die Sperrn weggeräumt, die Gabelstapler weggefahren, die Banner entfernt und die Spätschicht nahm die Arbeit wieder auf. ■

Lehren des Opel-Streiks: Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!

Nachfolgend drucken wir ein Spartakist-Flugblatt vom 1. November 2004 ab.

Die Arbeiter von Opel Bochum haben auf die von den GM-Bossen angedrohten Massenentlassungen und Werkschließungen machtvoll reagiert mit einem Streik und der Besetzung der Tore, so dass an die anderen europäischen GM-Fabriken keine Teile mehr ausgeliefert werden konnten. Die IG-Metall-Führung agitierte von Anbeginn für den Abbruch des Streiks und viele Arbeiter waren verunsichert, weil sie gegen ihre Führung streikten. Gleichzeitig brachten bürokratische Manöver des Betriebsrats und der IG-Metall-Führung bei der Opel-Betriebsversammlung die Führung des Streiks zum Schweigen. Eine Ausweitung des Streiks war enorm wichtig, damit er gewinnen konnte. Notwendig war, alle GM-Fabriken dicht zu machen. Aber nicht nur bei GM. Ver.di und transnet hätten Solidaritätsstreiks von Lastwagenfahrern, Hafen- und Bahnarbeitern organisieren müssen, so dass keine Autos und keine Teile für andere GM-Fabriken transportiert werden konnten.

Den Arbeitern bei VW wird jetzt mit Massenentlassungen von 30 000 gedroht und es sollen 30 Prozent der Lohnkosten eingespart werden, wogegen erste Warnstreiks stattfanden. Gegen die zunehmenden Angriffe ist gemeinsamer internationaler Klassenkampf notwendig, statt „Friedenspflicht“ und verräterische „Sozialpartnerschaft“, die von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung gepredigt wird. Notwendig ist der Bruch mit der Politik der Klassenzusammenarbeit, die von Gewerkschaftsbürokraten betrieben wird, die mit der SPD-Regierung und den Bossen unter einer Decke stecken. Die Angriffe kann nur eine Führung zurückschlagen, die nicht bereit ist, die Interessen der Arbeiter ihren imperialistischen Herrschern unterzuordnen. Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung! Im nächsten Kampf müssen gewählte Streikkomitees an die Stelle der Gewerkschaftsbürokraten treten! Für Streikpostenkettens, die niemand überquert! Für gewerkschaftliche Ordnertrupps, die die Streikposten gegen Streikbrecher und die professionellen Streikbrecher der Polizei verteidigen! Wenn mit Werkschließungen gedroht wird, dann müssen die Betriebe besetzt werden, was die Frage stellt, welche Klasse herrscht! Die Arbeiter können nicht gewinnen, wenn nach den Regeln der Bosse gespielt wird.

Der Streik bei Opel hat einen Geschmack gegeben von der potenziellen ökonomischen Macht der Arbeiterklasse. Jetzt geht es darum, die politischen Lehren zu ziehen. Die prokapitalistischen Gewerkschaftsführungen denken, dass die Gewerkschaften ihnen gehören. Wir brauchen einen politischen Kampf gegen die sozialdemokratischen Ausverkäufer. Für eine klassenkämpferische Führung, die die

Kämpfe führt in dem Bewusstsein, dass die Manager und Besitzer der Fabriken keine Partner sind, sondern unsere Feinde, egal ob sie Deutsche oder Amerikaner sind oder sonst wo herkommen. Dagegen wird aber von Gewerkschaftsbürokraten und auch von „Linken“ deutscher Nationalismus betrieben, wie von der PDS-nahen *jungen Welt* (19. Oktober), die den Ersten Bevollmächtigten der IG Metall Bochum, Ludger Hinse, zitiert: „Dies ist ein gutes Zeichen von Europa nach Amerika, dass das ‚alte Europa‘ sich nicht alles gefallen lässt.“ Die nationalistische Logik dahinter ist, dass deutsche Kapitalisten besser seien als amerikanische. Was aber ist mit den deutschen Kapitalisten wie z. B. DaimlerChrysler, die auf dem amerikanischen Kontinent nach der Übernahme von Chrysler durch Mercedes 26 000 Arbeiter feuerten oder die in Argentinien mit den Militärs kooperierten und in den 70er-Jahren Gewerkschafter an das brutale Militärregime auslieferten? Nieder mit der nationalistischen Ideologie vom „Standort Deutschland“, die die Arbeiter an ihre Unterdrücker kettet! Für internationale Solidarität mit den Klassenbrüdern und -schwestern in Polen, der Türkei, Schweden, den USA usw. Polnische und andere Arbeiter aus osteuropäischen EU-Ländern werden rassistisch diskriminiert, da ihnen eine rechtmäßige Arbeitsaufnahme hier verweigert wird. Sie werden rechtlos gemacht, um sie noch mehr ausbeuten zu können und ihnen die Beteiligung an den Streiks und Kämpfen hier unmöglich zu machen. Die Gewerkschaften müssen alle Arbeiter organisieren, egal woher sie kommen und welchen Status sie haben. Nieder mit der rassistischen Festung Europa! Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Brecht mit der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS!

Der Streik bei Opel Bochum hat gezeigt: Die Arbeiterklasse braucht keine neue sozialdemokratische Partei wie die Wahlalternative Arbeit und soziale Gerechtigkeit! Die Arbeiterklasse braucht eine Partei in der Tradition von Lenin, Liebknecht, Luxemburg und Trotzki, die nicht den Kapitalismus verwalten will, sondern dafür kämpft, das Eigentum den Bossen zu entreißen und die Kontrolle über die Industrie, die Banken und den Transport zu übernehmen. Wir brauchen eine Partei, die dafür kämpft, die Arbeiter zum Sturz des Kapitals, zur Enteignung der Industrie zu organisieren, und die die Gesellschaft von neuem in Gang setzt im Interesse von allen Arbeitern und Unterdrückten.

Die Gewerkschaftsführung und die Sozialdemokratie arbeiteten hart daran, den Streik zu isolieren und zu

Fortgesetzt auf Seite 10

- **Keine Entlassungen, Werkschließungen, Lohnraub oder Maßregelungen!**
- **Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!**
- **Für eine Arbeiterregierung, die die Kapitalisten enteignet!**
- **Brecht mit der Sozialdemokratie, ob SPD oder PDS!**

Opel...

Fortsetzung von Seite 9

beenden. Sobald der Streik in anderen Werken Wirkung zu zeigen drohte, griff man zu einer breiten Diffamierungskampagne gegen „Extremisten“. Arbeitern in Bochum wurde von den Bossen mit fristloser Kündigung gedroht. IG-Metall-Boss Hinse hetzte im *Tagesspiegel* (19. Oktober), die MLPD habe der „ahnungslosen Weltpresse Interviews gegeben“, und die *Frankfurter Rundschau* assistierte: „Im Betriebsrat beschwert man sich intern über ‚Spaltungsversuche‘ von ‚KPD-Leuten‘“. Tatsächlich sind es Gewerkschaftsbürokraten wie Hinse und Gesamtbetriebsratsbonze Klaus Franz, die die Einheit der Arbeiter im Kampf spalteten, indem sie z. B. die Rüsselsheimer Arbeiter nicht in den Kampf führten und den Streik insgesamt hintertrieben. Schluss mit der antikommunistischen Hetze gegen kämpferische Arbeiter und Führer des Streiks! Ein Betriebsrat und ein Arbeiter der Endmontage bei Opel Bochum wurden fristlos entlassen, weil sie andere Arbeiter aufforderten mit zu streiken. Keine Maßregelungen gegen Streikführer und Arbeiter! Weg mit den fristlosen Entlassungen! Ein Angriff auf einen ist ein Angriff auf alle! Spendet für die bedrohten Arbeiter! Spendenkonten: „Solidaritätskreis Opel“, Sparkasse Bochum, BLZ 430 500 01, Konto-Nr. 741 63 40 oder „Sonderkonto Belegschaft Opel Bochum“, Degussa-Bank, BLZ 500 107 00, Konto-Nr. 23 54 48.

Die reformistische MLPD spielte tatsächlich eine Rolle bei dem Kampf und hat zum Teil das Vertrauen der Arbeiter gewonnen, weil sie als kämpferische Gewerkschafter anerkannt werden. Die MLPD kritisiert aber im Grunde nicht die existierende Gewerkschaftsführung und die Sozialdemokratie, da sie, wie es der MLPD-Vorsitzende Stefan Engel in Bochum am 21. Oktober rechtfertigte, die Einheit mit den sozialdemokratischen Arbeitern im Kampf nicht gefährden wolle. In einem Streik oder einer anderen Aktion will man die breitest mögliche Einheit der Arbeiter in der *Aktion* erreichen; das kann aber nicht mit einem unkritischen Schweigen über die Führung erreicht werden, die gerade versucht, die Arbeiterklasse zu spalten, weil sie die Einheit mit den Kapitalisten sucht und der kapitalistischen SPD/Grünen-Regierung verpflichtet ist. Im Sommer hatte die MLPD über den Kampf bei DaimlerChrysler sogar der Gewerkschaftsführung Rückendeckung gegeben, als die MLPD-nahe Betriebszeitung *Die Stoßstange* schrieb: „*Mit der Einführung der 40-Stunden-Woche als Regelarbeitszeit in Sindelfingen sind sie nicht durchgekommen!* Dieser Erfolg ist nicht hoch genug einzuschätzen“ („Ein zukunftsweisender Kampf – Arbeiterbewegung gestärkt“, 27. Juli). Was der Daimler-Abschluss tatsächlich bedeutet: Neu eingestellte Arbeiter bekommen wesentlich weniger Lohn, das Küchenpersonal – hauptsächlich Frauen – und andere, von denen viele Immigranten sind, müssen länger arbeiten ohne Lohnausgleich, während die machtvollen Produktionsarbeiter noch weitgehend verschont wurden. Die Arbeiterklasse wurde also weiter gespalten in Junge und Alte, Frauen und Männer, Immigranten und Deutsche. Letztlich sind die Bosse mit allen ihren Forderungen durchgekommen. Wer Niederlagen beschönigt und der Arbeiterklasse nicht die Wahrheit sagt, der wird die Arbeiter nicht zum Sieg führen können.

Die Angriffe der Kapitalisten finden statt vor dem Hintergrund der Massenarbeitslosigkeit in der früheren DDR und den anderen ehemaligen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas und der Sowjetunion. Die Konterrevolution in der DDR, die auch von der MLPD enthusiastisch begrüßt wurde, war der entscheidende Angriff auf die Errungenschaften der Arbeiterklasse. Wir Spartakisten verteidigten die geplante Wirtschaft der DDR und der anderen Arbeiterstaaten als den einzigen Weg gegen Massenarbeitslosigkeit

und Verelendung der Arbeiterklasse. Um diese effektiv zu machen, brauchte es den Sturz der stalinistischen Bürokratie und deren Ersetzung durch in Fabriken und Kasernen gewählte Arbeiter- und Soldatenräte und die Ausweitung der Planwirtschaft auf die hoch entwickelten kapitalistischen Länder. Wir kämpften für die revolutionäre Wiedervereinigung Deutschlands durch eine politische Revolution im Osten und eine sozialistische Revolution im Westen!

Die Kapitalisten versuchen mit Hilfe ihrer SPD-geführten Regierung die Profitrate zu erhöhen, um mit dem US-Imperialismus konkurrieren zu können. Und zwar letztendlich auch militärisch; deshalb schwätzt SPD-Kriegsminister Struck davon, Deutschland am Hindukusch zu verteidigen. Der deutsche Imperialismus ist zurzeit nur schwächer, aber keineswegs friedliebender als sein US-Rivale. *Bundeswehr raus aus dem Balkan und Afghanistan!* Um das Geld dafür zu haben, müssen die Errungenschaften der Arbeiter, die in Klassenkämpfen durchgesetzt wurden, zerstört werden. Ein siegreicher Streik kann das Signal dafür sein, die ganzen Angriffe der SPD/Grünen-Regierung – von den Hartz-Gesetzen über Agenda 2010, den „Krieg gegen Terror“, welcher sich gegen Immigranten richtet, bis zu den Angriffen auf die Gewerkschaften, Tariflöhne usw. – zurückzuschlagen. Frauen und Immigranten haben eine wichtige Rolle in diesem Kampf gespielt. Immigranten, ihren Familien und Kindern droht mit der Einführung der Hartz-Gesetze bei längerer Arbeitslosigkeit der Verlust der unbeschränkten Aufenthaltserlaubnis, und Arbeiter, die Jahrzehnte hier gearbeitet haben, und ihre hier geborenen Kinder werden dann von Abschiebungen bedroht. *Volle Staatsbürgerrechte für alle Immigranten!* Noch mehr Frauen droht die verstärkte Abhängigkeit von Mann und Familie, wenn sie ihre Arbeit verlieren. Dagegen muss die Arbeiterbewegung kämpfen: Für kostenlose Kinderbetreuung rund um die Uhr! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! *Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Nazis starteten am 19. Oktober in Bochum eine Provokation und versuchten ihr rassistisches, mörderisches Gift zu verbreiten. Sie werden mehr Zulauf bekommen, wenn die Angriffe der Kapitalisten nicht durch Klassenkampf zurückgeschlagen werden. Für Arbeiter/Immigrantenmobilisierung, um die Nazis von den Straßen zu fegen!

Die lang anhaltende Massenarbeitslosigkeit, besonders im Osten, ist der Hebel, mit dem die Kapitalisten glauben die Errungenschaften der Arbeiterklasse zurückschrauben und die Ausbeutung erhöhen zu können. Dagegen muss es einen Kampf geben, für 30 Stunden Arbeit für 40 Stunden Lohn! Ein Kampf für die Verteilung der vorhandenen Arbeit auf alle Hände ohne Lohneinbußen; ein Kampf für eine kürzere Arbeitswoche und eine gleitende Skala der Löhne und der Arbeitszeit. Diese berechtigten und notwendigen Forderungen stellen die Frage, welche Klasse herrscht. *Arbeit für alle* und ein Leben ohne Hunger, Krieg und Unterdrückung sind im Kapitalismus nicht zu realisieren. Der Revolutionär Sozialistische Bund (RSB) verteilte in Bochum ein Flugblatt, in dem er sich auf die Verfassung von Nordrhein-Westfalen beruft, um die Enteignung von Opel zu fordern. Das soll dann wohl die dort regierende arbeiterfeindliche Koalition aus SPD und Grünen durchsetzen. Die Vorstellung allein ist lächerlich, aber auf solchen Wegen werden immer wieder Illusionen in die Reformierbarkeit des Kapitalismus geschürt. Was stattdessen gebraucht wird, ist revolutionärer Klassenkampf für eine Arbeiterregierung, die alle Kapitalisten enteignet. Nur eine geplante Wirtschaft auf internationaler Grundlage und Arbeiterstaaten auf der Grundlage von Arbeiterräten können mit der kapitalistischen Anarchie, die zwangsläufig Krieg, Massenarbeitslosigkeit und Elend für die arbeitenden Massen mit sich bringt, Schluss machen. Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei, die die Arbeiterklasse an die Macht führen kann! ■

Offene Uni Berlin...

Fortsetzung von Seite 4

zwei Wochen später, am 3. Juli 2003, mussten wir unsere Veranstaltung verlegen, weil die „Antideutschen“ eine Rauchbombe gegen uns einsetzten.

Dass ihr Vorwurf, wir seien „undemokratisch“, blanker Hohn war, bewiesen die Plenumsleiter, als unsere Genossen eine Abstimmung verlangten: „NEIN! Hier wird nicht abgestimmt, hier herrscht Konsensprinzip! Wenn einer was dagegen hat, ist es abgelehnt!“ Ihr zutiefst undemokratisches Konsensprinzip haben sie sich wohl beim UN-Sicherheitsrat abgeguckt: Wenn der US-Imperialismus was dagegen hat, gibt's halt keine Israel-kritische Resolution! Die Aktivisten der OUBS sollten auch nicht vergessen, dass die „Antideutschen“ den Uni-Streik letzten Winter – aus dem die OUBS entstanden ist – als „antisemitisch“ verunglimpften. Zum Beispiel weigerte sich die Gruppe „liberté toujours“ (die ihre Postadresse beim RefRat hat) während ihrer Thekenschiicht im Krähenfuß, Kaffee an Streikposten auszuschenken. Im Gegensatz zu diesen Saboteuren haben wir zusammen mit vielen anderen Linken und vorher nicht politisch aktiven Studenten versucht, den Streik durchzusetzen und zu verteidigen. Das Selbstverständnis der OUBS ist eindeutig: „Jede und jeder kann mitmachen, es bestehen keine Zugangsbeschränkungen“ (Alternatives Veranstaltungsverzeichnis Winter 04/05). **Wir fordern alle Aktivisten, Gruppen und AGs der OUBS auf, sich gegen die politische Zensur der selbst ernannten Chefs zu stellen und sich für unser Recht auszusprechen, einen Raum für unsere zweiwöchentliche Veranstaltungsreihe zu erhalten! Öffnet die Offene Uni! ■**

Arbeiterpressekorrespondenz...

Fortsetzung von Seite 2

Wir Trotzisten standen von Anfang an in einem politischen Kampf mit dem abdankenden stalinistischen Regime über die Zukunft der DDR. Während wir eine Regierung von Arbeiterräten forderten, handelten die Stalinisten bewusst, um einen Arbeiteraufstand zu verhindern. Unser wachsender politischer Einfluss führte zu der Treptower Demonstration am 3. Januar 1990 in Berlin. 250 000 prosojetische Demonstranten kamen auf die Straße gegen die faschistische Schändung des sowjetischen Ehrenmals, die historisch bedeutendste Mobilisierung, die unsere internationale Tendenz je initiiert hat. Der deutsche Imperialismus und sein Trojanisches Pferd der Konterrevolution, die SPD, reagierten auf Treptow mit einer wütenden Kampagne, und Gorbatschow gab Kohl grünes Licht. Vor dieser Kampagne fiel die SED-PDS schnell auf die Knie.

Trotzki bemerkte in *Lehren des Oktober*, wenn die Russische Revolution nicht gesiegt hätte, hätten danach die Geschichtsbücher „bewiesen“, dass eine Revolution niemals möglich war. Genau das passierte unmittelbar nach der Konterrevolution in der DDR, unterstützt von der gesamten Pseudolinken, die im Fahrwasser der Sozialdemokratie oder der Stalinisten die Konterrevolution mehr oder weniger unterstützt hatten. Aber wir betonen – und *Arprekorr* illustriert dies lebendig: 1989/90 ging es um die Revolution in Deutschland und unsere Partei intervenierte, um diese Revolution zu führen!

Als Einführung drucken wir ein Referat ab, das Genosse Steffen Singer, Redakteur des *Spartakist*, Anfang 2000 auf Veranstaltungen unserer Genossen der Spartacist League/U.S. in New York, Chicago und San Francisco hielt. Das *Spartakist-Extra* vom April 2000 „Revolution vs. Konterrevolution in Deutschland 1989/90“ gibt eine gute Zusammenfassung unserer Intervention. Die Losungen auf der Titelseite des Extras waren Diskussionspunkt auf unserer



Veranstaltungsreihe der Spartakist-Jugend Berlin

Dienstag, 11. Januar, 18.30 Uhr

**Lenin und Luxemburg lehrten es:
Brecht mit SPD und PDS!**

Dienstag, 25. Januar, 18.30 Uhr

**Proletarische Strategien
gegen den Faschismus**

Dienstag, 8. Februar, 18.30 Uhr

**Nieder mit der neokolonialen
Besetzung des Irak!**

Treff im Foyer des TU-Mathegebäudes,
Straße des 17. Juni, 136
(U Ernst-Reuter-Platz, S Tiergarten)

Kontakt: (0 30) 4 43 94 00

Vierten Internationalen Konferenz Ende 2003. Der folgende Zusatzantrag zum Konferenzdokument wurde angenommen:

„Es ist nicht korrekt, zu sagen: ‚Die PDS führte die Konterrevolution in der DDR‘, und: ‚Wir waren die revolutionäre Führung‘ in der keimenden politischen Revolution in der DDR 1989/90. Folgende Formulierungen sind besser: ‚Wir waren der einzige Anwärter auf die revolutionäre Führung der Arbeiterklasse in der revolutionären Situation in der DDR 1989/90. Wir können stolz sein auf unseren Kampf um die revolutionäre Führung.‘ Und: ‚Als der Kreml die DDR an den westdeutschen Kapitalismus ausverkaufte, fügten sich die SED-PDS-Spitzen dem Verrat und wurden zur PDS.‘“ (*Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 24, Sommer 2004)

Im Anhang dokumentieren wir den Offenen Brief der SpAD an die aus den Volkskammerwahlen im März 1990 hervorgegangene „Regierung der DDR“, die direkt im Auftrag der westdeutschen Imperialisten agierte. Und wir dokumentieren unseren Klassenkampf-Wahlkampf „Für Arbeiterwiderstand gegen das Vierte Reich!“ gegen die Folgen der kapitalistischen Wiedervereinigung bei den Bundestagswahlen im Dezember 1990. ■

Besucht
die
Website
der IKL!

icl-fi.org



**International Communist League
(Fourth Internationalist)**

ICL Declaration of Principles ▶

Fourth ICL International Conference, Autumn 2003
**The Fight for Revolutionary Continuity
in the Post-Soviet World**

Other Recent Articles from ICL Publications ▶

- ▶ Other Literature Available to Order
- ▶ ICL Periodicals and Subscription Information
- ▶ International Communist League Directory

SPARTACIST
Journal of the International
Communist League

**Women and
Revolution**

Trotzkismus und Anarchismus im Spanischen Bürgerkrieg

Nachstehend folgt der zweite und letzte Teil eines leicht redigierten Vortrags des Spartacist-Referenten Adrian Ortega auf einer öffentlichen Schulung der Spartacist League/U.S. und des Spartacus Youth Club am 3. April in New York City – Übersetzung aus Workers Vanguard Nr. 829 vom 9. Juli 2004. Teil 1 dieses Vortrages erschien in Spartakist Nr. 156, Herbst 2004.

Angesichts des in den Milizen organisierten bewaffneten Proletariats und des überaus schnellen Anwachsens der Zahl der Arbeiterkomitees fürchteten die Kapitalisten eine neuerliche Radikalisierung der Arbeiter wie im Juli. Im September 1936 ernannte Azaña, um die Arbeiter zu beschwichtigen, ein neues Kabinett in seiner Regierung unter



Augusti Centelles

Linke Milizionäre gegen Francos Kräfte an der Aragon-Front 1937

und ohne zu wissen, was sie diskutieren würden oder welche Bedeutung die angenommenen Beschlüsse haben würden.“

Die CNT- und FAI-Bürokratien, einmal an der Macht der Bourgeoisie beteiligt, begannen jene Anarchisten zu verfolgen, die die korrupten Methoden der Führung kritisierten. Zu jenen Anarchisten gehörte auch der Schriftsteller Jaime Balius, ein späterer Führer der Gruppe Freunde Durrutis, der im Dezember 1936 zusammen mit anderen Mitgliedern der Redaktion aus *Solidaridad Obrera* [Arbeitersolidarität – die Hauptzeitung der CNT] entfernt wurde. Soviel über „anti-autoritäre Organisationen“.

Hier ein anderes Zitat:

„Die Bakunisten waren gezwungen, sobald sie einer ernsthaften revolutionären Lage gegenüberstanden, ihr ganzes bisheriges Programm über Bord zu werfen. Zuerst opferten sie die Lehre von der Pflicht der politischen und besonders der Wahlenthaltung. Dann folgte die Anarchie, die Abschaffung des Staats... Dann ließen sie den Grundsatz fallen, daß die Arbeiter sich an keiner Revolution beteiligen dürften, die nicht die sofortige vollständige Emanzipation des Proletariats zum Zweck habe, und beteiligten sich an einer eingestandenermaßen rein bürgerlichen Bewegung. Endlich schlugen sie ihrem kaum erst proklamierten Glaubenssatz ins Gesicht: daß die Errichtung einer revolutionären Regierung nur eine neue Prellerei und ein neuer Verrat an der Arbeiterklasse sei – indem sie ganz gemächlich in den Regierungsausschüssen der einzelnen Städte figurierten, und zwar fast überall als ohnmächtige, von den Bourgeois überstimmte und politisch exploitierte Minderzahl.“

Ist das Leo Trotzki 1936? Nein, es ist Friedrich Engels in einer Polemik gegen die spanischen Anarchisten von 1873! Anarchismus war und ist in seinem Kern auf Klassenkollaboration ausgerichtet und wird es immer sein.

Doch nicht alle Anarchisten teilten 1936/37 in Spanien den Standpunkt der Klassenkollaboration, den die CNT-FAI-Bürokratie einnahm. Die Gruppe der Freunde Durrutis organisierte sich in Opposition zu diesem Verrat. Bei dem Versuch, die gegen Francos rechtsgerichtete Reaktionäre auftretenden Kräfte besser miteinander zu verbinden,

Teil zwei von zwei

Beteiligung der PSOE [Sozialistische Arbeiterpartei] und der UGT [Allgemeine Arbeitergewerkschaft – den Sozialisten angeschlossen], der PCE [die stalinistische Kommunistische Partei] und der Bourgeoisie. In Katalonien beteiligten sich die Anarchisten erstmals an der Regierung; und zwei Monate später traten sie in die nationale Regierung ein. In Katalonien gehörte der Volksfrontregierung vier Monate lang auch die POUM [die zentristische Arbeiterpartei der Marxistischen Einheit] an. D. h. die spanischen linken Gruppen mit nennenswertem Einfluss in der Arbeiterklasse besiegelten ihr Bündnis mit der Bourgeoisie.

Wie funktionierten die CNT [die anarchistische Nationale Konföderation der Arbeit] und die FAI [der politische Arm der CNT] damals in ihrem Inneren? Miguel Amorós erklärt in seinem Buch *La revolución traicionada: La verdadera historia de Balius y Los Amigos de Durruti* [Die verräterische Revolution: Die wahre Geschichte von Balius und den Freunden Durrutis]:

„Die Plena berücksichtigten die Gewerkschaftsversammlungen nicht und ignorierten die Meinung der Milizen. Gegen jegliche Norm der Konföderation waren es die Komitees, die sich an sie wandten und die Tagesordnung ausarbeiteten, was den Delegierten nicht immer mitgeteilt wurde. Die Delegierten nahmen ohne Mandat teil

begann die CNT-FAI in die „Militarisierung“ der proletarischen Milizen im September 1937 einzuwilligen und sie umzusetzen. Das bedeutete, die Milizen dem Kommando einer zentralisierten *bürgerlichen* Armee zu unterstellen. Die Republikaner ordneten die Militarisierung der Milizen an, und die sozialistischen und anarchistischen Minister in der Volksfront stimmten dafür. Die Mehrheit der Mitglieder der Freunde Durrutis rekrutierte sich aus den Tausenden von anarchistischen Militanten, die sich der Militarisierung nicht beugen wollten. Pablo Ruiz, der mit Buenaventura Durruti selbst an der Front gekämpft hatte, vertrat einen Flügel der Gruppe, und der prominente Schriftsteller Jaime Balius einen anderen.

Die viertausend Mitglieder der Freunde Durrutis traten gegen die Politik der Klassenkollaboration der CNT-FAI auf und setzten ihr den Ruf nach Revolution entgegen. Sie verteidigten ihren Standpunkt, indem sie betonten, dass „alle Revolutionen totalitär sind“. Sie erhoben den Ruf nach einer „revolutionären Junta“ [Revolutionsrat]. Wie Amorós meinte, war dies eine Variante des von der CNT, angesichts der offensichtlichen Unzulänglichkeit der Dezentralisierung der Milizen im Kampf gegen Franco, vertretenen Konzeptes eines „nationalen Verteidigungskomitees“. Die Freunde Durrutis waren CNT-Arbeiter und -Milizionäre, denen die Entwaffnung auf Befehl ihrer anarchistischen Führung bevorstand. Ihre Opposition gegenüber Klassenkollaboration war die empirische Schlussfolgerung aus ihrer unmittelbaren Erfahrung mit der aufgenötigten „Militarisierung“ der Milizen. Doch dies widersprach nicht ihrer Mitgliedschaft in der CNT, da sie das anarchistische Ideal des libertären Kommunismus, einer Gesellschaft ohne Staat auf der Grundlage einer dezentralisierten von örtlichen Arbeiterkomitees geleiteten Wirtschaft, immer noch für durchführbar hielten. Aber die politischen Positionen der Freunde Durrutis waren im Fluss, wie die der spanischen Anarchosyndikalisten, die Zeugen und Anhänger der Russischen Revolution von 1917 wurden. Die Freunde Durrutis lernten aus dem negativen Beispiel der CNT; aber um sich ein revolutionäres Programm vollständig zu Eigen zu machen, hatten sie zuerst mit ihren anarchistischen Vorurteilen gegenüber der leninistischen Avantgardepartei und der Diktatur des Proletariats zu brechen. Diese Gelegenheit ergab sich im Mai 1937.

Die Maitage von Barcelona

Fast ein Jahr war nach den „Juliereignissen“ in Barcelona vergangen, als die Regierung am 3. Mai 1937 beschloss, das Gebäude der Telefónica [Telefonzentrale] den CNT-Arbeitern, die diese in eigener Regie führten, zu entreißen. Sturmgarden unter dem Befehl des Stalinisten Rodriguez Salas fuhren vor dem Gebäude auf und befahlen den Arbeitern im Namen der Volksfront, es zu verlassen. Die Arbeiter leisteten Widerstand, und der Schusswechsel begann. Die Kunde von einem Angriff auf die Telefónica verbreitete sich wie ein Lauffeuer. Binnen vier Stunden wurde ein Generalstreik ausgerufen, und die Stadt versank in Straßenkämpfen, in deren Verlauf Arbeiter der CNT-FAI, der POUM-Linken und diesmal auch der Freunde Durrutis und der trotzkistischen Bolschewiki-Leninisten Barrikaden errichteten, wie während der „Juliereignisse“.

Die CNT-FAI-Führer und die Volksfrontregierung schickten Garcia Oliver zusammen mit anderen CNT-Bürokraten aus Valencia, um den Arbeitern zu befehlen, nach Hause zu gehen. Er forderte die Arbeiter auf: „Stellt das Feuer ein; heißt die Sturmgarden willkommen!“ Die POUM verteidigte ihr Hauptquartier im Hotel Falcon gegen die



Links: Erste Ausgabe der Zeitung *El Amigo del Pueblo* (Freunde des Volkes) der linksanarchistischen Freunde Durrutis mit Bild von Buenaventura Durruti. Unten: Ihr Flugblatt vom 5. Mai mit der Losung „revolutionäre Junta“ schließt mit den Worten: „Lang lebe die soziale Revolution! Nieder mit der Konterrevolution!“



Sturmgarden, weigerte sich aber, auch nur einen Schritt weiter zu gehen. Die örtlichen Führungen der CNT und der POUM trafen sich an diesem Abend, doch die anarchistische Bürokratie verlangte lediglich die Entlassung von Salas und die Bildung einer neuen Regierung, um die Konfrontation zu beenden. Doch die Arbeiter hatten eine andere Tagesordnung, getrieben von ihrem Selbsterhaltungstrieb als Klasse.

Am 4. Mai war Barcelona unter Kontrolle der Arbeiter, bis auf das Stadtzentrum, wo die Kämpfe bis zum Einbruch der Dunkelheit andauerten. Eine der ersten Abteilungen von Arbeitern der ersten Stunden dieses Abends waren 400 Kämpfer der Freunde Durrutis, die die gesamte Allee Las Ramblas besetzten und in den umliegenden Gebieten patrouillierten. Am gleichen Tag verteilten die Bolschewiki-Leninisten Flugblätter an die Arbeiter auf den Barrikaden, die zu einem „Generalstreik in allen Industriezweigen, die nicht für den Krieg arbeiten“, und zur „Bewaffnung der Arbeiterklasse“ aufriefen. Die Arbeiter brauchten dringend eine Führung!

Die Freunde Durrutis trafen sich mit dem Exekutivkomitee der POUM und fanden sich offenbar mit der Position der POUM ab, dass die Bewegung angesichts des

Fortgesetzt auf Seite 14



Madrid, 1939: Generalissimo Franco nimmt die Siegesparade ab. Volksfront bahnte dem Aufstieg der falangistischen Reaktion in Spanien den Weg

Spanischer Bürgerkrieg...

Fortsetzung von Seite 13

kapitulantenhaften Handelns der CNT verloren sei. Beide einigten sich darauf, sich um Garantien gegen Racheakte zu bemühen, ehe die Arbeiter damit begannen, die Barrikaden zu verlassen. Doch am nächsten Tag gaben die Freunde Durrutis ein Flugblatt heraus, das die CNT-FAI-Bürokratie in helle Aufregung versetzte, das zur Bildung einer revolutionären Junta, zur Entwaffnung der bewaffneten Formationen (d. h. der Sturm- und Zivilgarden) und zur Vergesellschaftung der Wirtschaft aufrief. Das Flugblatt wurde auf den Barrikaden mit großer Begeisterung aufgenommen. Zweifelloso hatten die Freunde Durrutis äußerst „autoritäre“ Mittel angewandt, um ihr Flugblatt inmitten eines Generalstreiks gedruckt zu bekommen. Balius schildert die Begebenheit folgendermaßen:

„Wir klopfen an die Tür, bis der Besitzer [der Druckerei] erschien, der nichts von alledem wissen wollte und es kategorisch ablehnte, die Druckerei zu öffnen. Angesichts ‚bewaffneter Gewalt‘ gab er sofort nach... Noch vor Mitternacht ... konnten wir vier- bis fünftausend druckfrische Flugblätter mitnehmen.“

Noch am 5. Mai lehnte die lokale FAI-Bürokratie in Barcelona in einem weiteren schändlichen Akt des Verrats an der Arbeiterklasse eine Verstärkung durch Milizeinheiten ab, die bereitstanden, die Front zu verlassen. Aber noch schlimmer, die CNT-Arbeiterkomitees begannen damit, die Barrikaden aufzugeben, und folgten so dem Aufruf der Spitzen der Bürokratie.

Am 6. Mai trafen sich verschiedene anarchistische Gruppen einschließlich der Freunde Durrutis mit der POUM. Die POUM vertrat eine Minderheitsposition, die für die Bildung eines „revolutionären Zentralkomitees“ eintrat. Dies richtete sich gegen die lokalen Repräsentanten der anarchistischen Komitees, die den Anordnungen ihrer nationalen Führung Folge leisteten und für den Rückzug von den Barrikaden eintraten.

Was war die Antwort der POUM? Hören wir, was ihr Führer Gorkin dazu sagt:

„Aber wir konnten unsere Ansichten nicht durchsetzen. Es war der Repräsentant des Regionalkomitees [National], der [bei den Arbeitern] Gehör fand... Die Freunde Durrutis waren für eine CNT-FAI-POUM-Regierung. Aus taktischen Gründen griffen wir die Führung der CNT nicht an.“ (Zitiert in Amorós, *La revolución traicionada* [Die verratene Revolution])

Ich möchte hier ein paar Punkte hervorheben. In den Maitagen beging die CNT einen schändlichen und eindeutigen Verrat an der Arbeiterklasse Barcelonas, als sie sich bereits für die Zusammenarbeit mit der Bourgeoisie entschieden hatte. Die zentristische POUM wusste das, und anstatt dagegen zu kämpfen, steckte sie wie ein Vogel Strauß ihren Kopf in den Sand und wartete darauf, dass die CNT den Befehl zur Demobilisierung geben würde. Die Freunde Durrutis dagegen riefen zur Bildung einer lokalen Junta gestützt auf CNT und POUM auf. *Hätte es in dieser Situation eine autoritative revolutionäre Führung gegeben, hätte sie den Aufruf der Freunde Durrutis zur Bildung einer Junta aufgegriffen und diese erst in eine militärische Einheitsfront gegen die bürgerlichen Kräfte und die Stalinisten umgewandelt und dann in den Kern einer Arbeiterregierung zum Kampf gegen die Konterrevolution auf Grundlage eines internationalistischen Programms. Sie hätte Unabhängigkeit für Marokko gefordert, um Francos Armee die Basis zu entziehen, und hätte die Arbeiter auf der anderen Seite der Pyrenäen dazu aufgerufen, ihrem Beispiel zu folgen.*

Nach dem Treffen vom 6. Mai schlug Balius vor, die CNT solle eine Kolonne in die Stadt Tarragona schicken, um Verstärkung nach Barcelona zu bringen. Wie vorherzusehen boykottierte die CNT-Bürokratie diesen Vorschlag. Amorós erklärt: „Die Freunde Durrutis konnten nicht verstehen, weshalb die CNT-Komitees den Kampf eingestellt hatten, wo doch der Sieg so nahe war.“ Die Freunde Durrutis hatten nicht das Verständnis, das einem revolutionären Programm entspringt – die Erkenntnis, dass der Anarchismus in die Sackgasse führt und dass man mit der CNT politisch brechen muss. *Das zu vermitteln wäre die Aufgabe einer marxistischen Avantgardepartei gewesen.*

Leider hatten die Bolschewiki-Leninisten nicht genug Zeit, in den wenigen Monaten ihres Bestehens im Proletariat Fuß zu fassen, und es fehlte ihnen an Autorität in der Arbeiterklasse. Doch die Macht ihres trotzkistischen Programms zeigt sich in der Tatsache, dass sie trotz ihrer geringen Zahl die ersten waren, die von den Stalinisten und bürgerlichen Reaktionären ins Visier genommen wurden, sobald das Proletariat besiegt und die Barrikaden niedergeworfen worden waren. Vor den Maitagen halfen die Freunde Durrutis dabei, die Presse der Trotzlisten auf den Straßen zu verteilen, und stellten den Bolschewiki-Leninisten ihre Geschäftsräume zur Verfügung, damit sie ihre Versammlungen organisieren konnten. Doch die Bolschewiki-Leninisten erreichten bei einem Treffen mit der Führung der Freunde Durrutis am 5. Mai nicht viel:

„Jedes Mal, wenn das Wort Autorität fiel ... geriet Balius außer sich. Die Unterredung oder das Treffen endete, ohne die zugrunde liegenden wirklichen Probleme angesprochen zu haben... Für Balius, Carlini und andere – nicht alle – war die richtige Position, den Kampf ausschließlich auf den Barrikaden fortzuführen, und so gingen wir auseinander.“

Auf Befehl der CNT-FAI und angesichts der Unterwerfung der POUM wurden die Arbeiter schließlich demobilisiert und geschlagen. Fünfhundert starben während der Maievents und mehr als tausend wurden verwundet. Nach der Niederlage startete der Staat mit Hilfe der Stalinisten seine Verfolgungen, Verhaftungen und Morde an Trotzlisten und POUMisten (letztere unter der Anklage des „Trotzkismus“). Die anarchistische Bürokratie versuchte weiter, die Freunde Durrutis aus den Reihen der CNT auszuschließen; inzwischen zensierte die Regierung die CNT-Zeitung *Solidaridad Obrera*. Die Zeitung der POUM *La Batalla* wurde verboten und ihr Hauptführer Andrés Nin wurde, wie auch der Anarchistenführer Camilo Berneri, von den Stalinisten umgebracht.

SPARTACIST

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 24, Sommer 2004

€ 2,-
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601,
Postbank Frankfurt/M.,
BLZ 500 100 60



Unter der Diktatur Francos wurden 300 000 Arbeiter und Bauern ermordet und viele andere in Konzentrationslager eingesperrt. Alle Führer der Arbeiterklasse wurden liquidiert oder ausgewiesen, politische und gewerkschaftliche Gruppen und Verbände wurden aufgelöst. Die Volksfrontregierung ebnete dem Triumph Francos 1939 den Weg. Eine der größten revolutionären Gelegenheiten für das internationale Proletariat war im Blut erstickt worden.

Anarchisten behaupten, die Freunde Durrutis hätten nie mit den Prinzipien des Anarchismus gebrochen. Leider haben sie Recht. Wie ihre Führer in der CNT ließen sie nicht von dem Glauben ab, eine klassenlose Gesellschaft könne einfach durch Willenskraft geschaffen werden; dass eine solche Gesellschaft ohne die vorherige Errichtung der Diktatur des Proletariats, eines zentralisierten demokratischen Arbeiterstaates zur Unterdrückung der Kräfte der Konterrevolution, geschaffen werden könne. Der anarchistische Historiker Vernon Richards bringt in seinem Buch *Lessons of the Spanish Revolution (1936-1939)* [Lehren der Spanischen Revolution (1936-1939)] [zweite erweiterte Ausgabe, 1972] die letzte Konsequenz einer solchen idealistischen Perspektive zum Ausdruck:

„Wir glauben, dass mehr Wahrhaftigkeit, mehr Positives und mehr Revolutionäres darin liegt, sich dem Krieg zu widersetzen, als an ihm teilzunehmen; dass es zivilisierter und revolutionärer ist, das Recht eines Faschisten auf Leben zu verteidigen, als die Tribunale zu unterstützen, die die rechtlichen Befugnisse haben, ihn zu erschießen; dass es wahrhafter ist, zu den Menschen aus dem Rinnstein heraus zu sprechen, als von den Regierungsbänken herab; dass es auf lange Sicht vielversprechender ist, den Verstand durch Diskussion zu beeinflussen, als ihn durch Zwang zu formen.“



Wide World

Leo Trotzki und die spanischen Bolschewiki-Leninisten kämpften gegen Volksfrontverrat, für Arbeiterrevolution in Spanien

Marxisten dagegen verwerfen den falschen Gedanken der Anarchisten, der klassenlose Kommunismus sei einfach das Produkt einer psychologischen Erneuerung. Wir kämpfen für den Sturz des kapitalistischen Systems, um die Produktion auf einem so hohen Niveau zu organisieren, dass der Mangel zur Vergangenheit gehört. Erst dann können wir die materielle Basis für die Emanzipation der Menschheit von Ausbeutung, Krieg und Armut legen. Wir sagen anarchistischen Jugendlichen heute, was Trotzki dem internationalen Proletariat in *Die Lehren des Oktober* (1924) sagte: „Ohne die Partei, unter Umgehung der Partei, durch ein Surrogat der Partei kann die proletarische Revolution nie siegen.“ Das ist die Hauptlehre aus dem Spanischen Bürgerkrieg. ■

Bestellt!

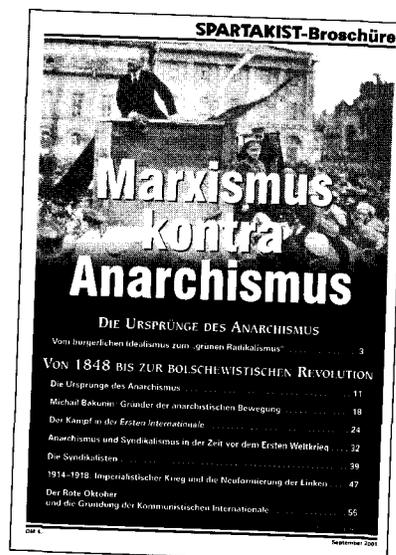
Marxismus kontra Anarchismus

Deutsche Ausgabe
€ 2,-

Spanische Ausgabe
€ 1,-

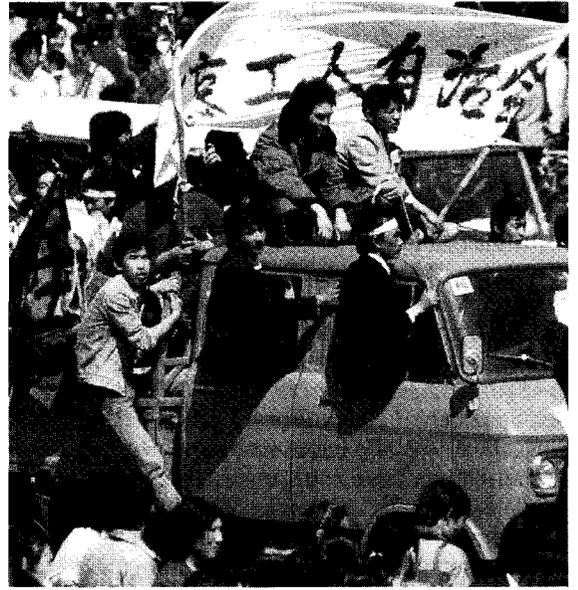
Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60



Verteidigt Errungenschaften der '49er Revolution und weitet sie aus!

China: Tiananmen 1989 und Arbeiterkämpfe heute



Beijing, Mai 1989: Arbeiterkontingente beteiligen sich an Studentenmassenprotesten auf Tiananmen-Platz

Im Folgenden veröffentlichen wir den leicht redigierten ersten Teil des Vortrags, den Keith Markin auf einer Diskussionsveranstaltung der Spartacist League/U.S. am 9. Oktober in Oakland, Kalifornien, hielt.

Teil eins von zwei

Eine der weltweit, insbesondere in China, am heißesten diskutierten Fragen ist die, ob China kapitalistisch oder sozialistisch ist. Die Bedeutung des Tiananmen-Aufstandes im Frühjahr 1989 ist ein weiteres Diskussionsthema in China. Was wird dort geschehen? Eines ist sicher: Die Situation dort ist nicht sehr stabil. Es gibt ein Buch mit dem passenden Titel *One China, Many Paths* [Ein China, viele Wege] mit Beiträgen von Intellektuellen aus China, das sich mit diesen Fragen befasst. Ich werde mich auf Artikel in diesem Buch beziehen.

Chinas Wirtschaft wächst weiterhin. Es hat sich zum weltweit wichtigsten Stahlproduzenten entwickelt. Gleichzeitig gibt es eine wachsende Kluft sozialer Ungleichheit, die nur noch von wenigen Ländern übertroffen wird. Während es einige Leute gibt, die ein 30 000-Dollar-Auto bar bezahlen können, lebt eine viel größere Anzahl in tiefster Armut, besonders auf dem Lande und im Westen Chinas. Die Wohlhabenden, die an der Ost- und Südküste wohnen, haben Zugang zu den modernsten Annehmlichkeiten.

Die Lüge vom Aufbau des „Sozialismus unter chinesi-

schen Vorzeichen“ führte dazu, dass zwischen 1995 und 2002 in China 15 Millionen Industriearbeitsplätze in Staatsbetrieben verloren gingen. Prostitution schnellte in die Höhe und auf dem Lande werden immer mehr weibliche Kinder getötet. Über 100 Millionen Menschen leben von weniger als 106 Dollar im Jahr. Die Vereinigten Staaten bewirtschaften ungefähr 40 Prozent mehr landwirtschaftliche Anbaufläche als China, doch in China gibt es 100mal mehr landwirtschaftliche Arbeitskräfte als in den USA. Und die USA haben mehr als sechsmal so viele Traktoren wie China. Diese schrecklichen Bedingungen haben mindestens 130 Millionen Chinesen vom Lande dazu gezwungen, zu Wanderarbeitern zu werden, die an der Ost- und Südküste nach Arbeit suchen.

Die Arbeiter haben nicht mehr ihre „eiserne Reisschüssel“, die den Arbeitern in den Staatsbetrieben einen Arbeitsplatz und Sozialleistungen garantierte. Ein Journalist, der den Nordosten Chinas bereiste, wo Millionen von Arbeitern entlassen worden sind, erklärte, dass früher ein „durchschnittlicher Arbeiter – einfach aufgrund eines Empfehlungsschreibens, damals so etwas wie eine gültige Kreditkarte oder eine privilegierte Stellung – eine hervorragende Krankenhausbehandlung bekommen konnte“. Er sagt: „Dies ist für junge Leute [in China], die ihre Geschichte nicht kennen, so etwas wie eine Legende.“

Nachdem das stalinistische Regime 1989 den Tiananmen-Aufstand niedergeschlagen hatte, wartete es ein paar Jahre, bevor es eine aggressivere Marktpolitik einleitete, wie zum Beispiel die Vermehrung der Freihandelszonen, wo ein

Für proletarisch-politische Revolution!

Teil der stalinistischen Bürokratie als Arbeitskräftelieferant für die Imperialisten und die Offshore-Bourgeoisie fungiert. Doch das Proletariat und die Bauern waren alles andere als ruhig. Laut Polizeiberichten gab es von 1993 bis 1999 eine Zunahme der Proteste von ungefähr 8500 pro Jahr auf 32.000. Nach inoffiziellen chinesischen Berichten ist die Zahl der öffentlichen Proteste vermutlich in den letzten drei Jahren ständig angestiegen.

Im Frühjahr 2002 protestierten Tausende von Arbeitern der nordöstlichen Provinzen gegen die massenhaften Entlassungen und das Ausbleiben der ausstehenden Lohn- und Rentenzahlungen. Dieses Gebiet war einmal das industrielle Kernland Chinas; es ist zur Rostschüssel geworden. Bei den Protesten wurden auf Bannern Losungen verkündet wie „Die Armee der Industriearbeiter will leben!“ und „Es ist ein Verbrechen, Renten zu unterschlagen!“

Das Gespenst des Tiananmen-Aufstandes wirft einen langen Schatten. Dies hat das herrschende Regime Hu Jintao/Wen Jiabao dazu veranlasst, sich eines „populistischeren“ Stils zu befleißigen als sein Vorgänger, das technokratische Jiang-Zemin-Regime. Seitdem verspricht die Zentralregierung, im Nordosten zu investieren, um die Arbeiter zu beschwichtigen. Wohin die Ereignisse in China führen, ist nicht von vorneherein ausgemacht. Es wird durch sozialen Kampf entschieden.

Peter Taaffe, Führer der Socialist Party [in Deutschland Sozialistische Alternative Voran (SAV)], einer linken Gruppierung hauptsächlich in Britannien, bemerkte zum 16. Kongress der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) vor zwei Jahren: „China befindet sich auf dem Weg zur vollständigen Restauration des Kapitalismus, doch die herrschende Clique versucht das allmählich zu erreichen und unter Aufrechterhaltung ihrer repressiven autoritären Herrschaft“ (*Socialist*, 22. November 2002). Maoisten und Neo-Maoisten außerhalb Chinas – die Revolutionary Communist Party (RCP) [in Deutschland Revolutionäre Kommunisten (RK)] ist ein gutes Beispiel dafür – glauben, China sei kapitalistisch und das schon seit einiger Zeit.

Neo-Maoisten *innerhalb* der Bürokratie wollen die Bürokratie durch eine andere Politik reformieren. Sie sind gegen die „marktsozialistische“ Wirtschaft, glauben allerdings, China sei noch „sozialistisch“. Die chinesische „Neue Linke“ ist heterogen. Die meisten unterstützen die Marktwirtschaft, stehen aber den Auswirkungen des Marktes kritisch gegenüber: Korruption, die Kluft zwischen Arm und Reich und so weiter. Sie sehen sich als einen Teil der Antiglobalisierungsbewegung. Wang Hui, ein prominenter Wortführer der chinesischen „Neuen Linken“, sagt, nach Tiananmen habe sich China „voll und ganz den Diktaten des Kapitals und dem Treiben des Marktes angepasst“. Wir Trotzisten widersprechen all diesen Charakterisierungen Chinas und den von der chinesischen „Neuen Linken“ gezogenen Schlussfolgerungen aufs Schärfste.

Ich möchte heute drei Punkte klarstellen: Erstens, in marxistischen Begriffen ist China ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat, denn das Kernstück der Wirtschaft beruht auf kollektiviertem Eigentum. Auf dieser Grundlage

kämpft die Internationale Kommunistische Liga für die bedingungslose militärische Verteidigung Chinas gegen Imperialismus und Konterrevolution im Inneren. Zweitens, es gibt eine privilegierte Bürokratenkaste, die politisch über den Arbeiterstaat herrscht. Durch ihre Politik des „Marktsozialismus“ bahnt die Bürokratie entweder einer kapitalistischen Restauration oder einem neuen revolutionären Ausbruch den Weg. Was während des Tiananmen-Aufstandes geschah, zeigt, ebenso wie der gegenwärtige Klassenkampf in China, die Widersprüche des deformierten Arbeiterstaates und den Doppelcharakter der Bürokratie. Und drittens, die historische Aufgabe des chinesischen Proletariats ist der Aufbau einer revolutionären Partei – nicht ihres stalinisti-



World Journal

Shenzhen, Oktober 2004: Arbeiter, beschäftigt bei Computime, einem Joint Venture zwischen Hongkong und dem Festland, protestieren vor der Fabrik gegen harte Arbeitsbedingungen und niedrige Bezahlung

schen oder maoistischen Zerrbildes. Eine revolutionäre Partei ist notwendig, um die Arbeiter, Bauern und Unterdrückten zur Verteidigung der Errungenschaften der Revolution von 1949 durch eine proletarisch-politische Revolution, die eine Arbeiterdemokratie errichtet, zu führen. Die entscheidende politische Aufgabe einer solchen Partei ist es, das chinesische Proletariat vom nationalistischen Dogma des „Sozialismus in einem Lande“ zu brechen und es für eine internationalistische, proletarische Perspektive zu gewinnen. Denjenigen, für die der Marxismus neu ist, werde ich nun erklären, was das alles bedeutet.

Was ist Marxismus?

Die Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten) ist eine proletarische, revolutionäre und internationalistische Tendenz. Unsere Grundlage ist die Politik von Marx, Engels, Lenin und Trotzki. Die Debatten in China bleiben im Rahmen einer falschen Gleichsetzung von Maoismus mit Marxismus.

Um zu verstehen, wovon ich spreche und wodurch wir uns von den anderen politischen Tendenzen unterscheiden, will ich einige Kernpunkte zum Marxismus erklären. Zunächst einmal ist der Marxismus eine Wissenschaft. Das Merriam-Webster-Lexikon definiert „Physik“ als eine Wissenschaft, die von der Materie und der Energie und ihren Wechselwirkungen handelt. Marxismus ist die Wissenschaft von der Veränderung der Welt durch internationale proletarische Revolution. Sie handelt von den wechselseitigen Beziehungen der Klassenkräfte im Klassenkampf und von dem politischen Bewusstsein des internationalen Proleta-

Fortgesetzt auf Seite 18

China...

Fortsetzung von Seite 17

riats. Der Ausgangspunkt für einen Marxisten ist das Verständnis, dass die Interessen der Kapitalisten mit denen des Proletariats unvereinbar sind.

Schon bin ich zu schnell. Ihr fragt: Was ist eine Klasse? Ich möchte Leo Trotzki zitieren. Er führte zusammen mit Lenin die Russische Revolution, die die proletarische Revolution aus der Sphäre der Theorie herausriss und ihr Leben einhauchte. In *Der Klassencharakter des Sowjetstaats* erklärt Trotzki, was genau eine Klasse ist und weshalb die chinesische Bürokratie keine Klasse ist (er bezog sich dabei auf die ehemalige Sowjetunion):

„Der Begriff *Klasse* ist für Marxisten außerordentlich wichtig und zudem wissenschaftlich genau definiert. Eine Klasse ist nicht nur durch ihren Anteil an der Verteilung des Volkseinkommens, sondern auch durch ihre selbständige Rolle in der Wirtschaftsstruktur und ihre unabhängigen Wurzeln in der ökonomischen Basis der Gesellschaft bestimmt. Jede Klasse (der Feudaladel, die Bauern, das Kleinbürgertum, die kapitalistische Bourgeoisie, das Proletariat) bildet ihre besonderen Eigentumsformen heraus. Der Bürokratie fehlen alle diese sozialen Kennzeichen. Sie hat keine unabhängige Position im Produktions- und Verteilungsprozess inne. Sie hat keine besondere Wurzel in den Eigentumsverhältnissen. Ihre Funktionen beziehen sich im Grunde auf die politische *Technik* der Klassenherrschaft. Die Existenz einer Bürokratie ist, bei allen Unterschieden der Form und des spezifischen Gewichts, für *jede* Klassenherrschaft charakteristisch. Ihre Macht ist eine nur abgeleitete. Die Bürokratie ist untrennbar mit einer wirtschaftlich herrschenden Klasse verbunden; sie lebt von deren sozialen Wurzeln, steht und fällt mit ihr.“

Ein anderer wichtiger marxistischer Begriff ist der Staat. Ein Staat besteht aus bewaffneten Menschen und Institutionen, die bestimmte Arten von Eigentum verteidigen. Ein

kapitalistischer Staat verteidigt das Privateigentum an Fabriken, Rohstoffen und Banken (Produktionsmittel genannt). Die kapitalistische Produktion richtet sich danach, was für den Privatkapitalisten am profitabelsten ist. Ein Arbeiterstaat verteidigt kollektivierte Eigentum an den Produktionsmitteln. Die Produktion richtet sich danach, was von der Gesellschaft wirklich gebraucht wird. Eine andere Bezeichnung für einen Arbeiterstaat ist die Diktatur des Proletariats.

Durch die internationale proletarische Revolution wird das System des Privateigentums an den Produktionsmitteln ersetzt durch ein System des Kollektiveigentums an den Produktionsmitteln. Eine sozialistische Revolution muss einen Arbeiterstaat errichten, um das kollektivierte Eigentum sowohl gegen die einheimischen Kapitalisten als auch gegen den Imperialismus zu verteidigen. Sie ist ein Schritt hin zur internationalen Revolution. Um die soziale Herrschaft der Arbeiterklasse zu beseitigen, ist eine soziale Konterrevolution nötig, die einen kapitalistischen Staat wiederherstellt, die Klassendiktatur der Bourgeoisie.

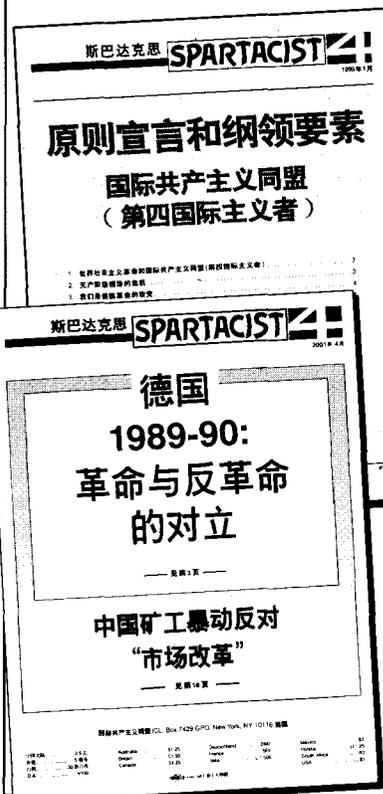
Die kapitalistische Produktion spielte in der Geschichte der Menschheit eine sehr wichtige Rolle. Sie führte zur Entwicklung der modernen Wissenschaften und der modernen Technik. Die Menschheit hat die Mittel, die Welt zu ernähren, aber die Kapitalisten und ihr System der Produktion, das imperialistische Kriege hervorbringt, sind Hindernisse, die man loswerden muss. Marxisten suchen das Problem des Mangels an Nahrung, Kleidung und Wohnung in der Welt durch eine internationale proletarische Revolution zu lösen. Der Sozialismus ist ein klassenloses, egalitäres, internationales Wirtschaftssystem, das auf materiellem Überfluss basiert. Unter einem sozialistischen System kann das Problem des Mangels in der Welt gelöst werden.

Sowohl die Chinesische Revolution von 1949 als auch die Russische Revolution errichteten kollektivierte Eigentum an den Produktionsmitteln und einen Arbeiterstaat, der diese Art des Eigentums verteidigen sollte. Die kollektivierte Wirtschaft in der Sowjetunion und in China legte den Grundstein für einen sprunghaften sozialen Fortschritt, insbesondere für Frauen. In China wurde die barbarische Praxis des Fußbindens, ein Symbol für den erbärmlichen Status der Frauen, verboten. Doch es gab einen qualitativen Unterschied zwischen beiden Revolutionen. Die Russische Revolution vom Oktober 1917 wurde von einem klassenbewussten Proletariat unter der Führung von Lenins und Trotzki's bolschewistischer Partei durchgeführt, das die Unterstützung der armen Bauern gewann und das in der Eroberung der Staatsmacht den ersten Schritt zur sozialistischen Weltrevolution sah. Die Chinesische Revolution war das Ergebnis eines bäuerlichen Guerillakrieges unter der Führung von Mao. Das Proletariat kämpfte in China nicht selbst um die Macht.

Die Revolution von 1949 war von Anfang an deformiert unter der Herrschaft von Maos Regime der Kommunistischen Partei Chinas. Mao war ein chinesischer Stalin; Vorbild für das politische Regime des chinesischen Arbeiterstaats war das Regime von Stalin, der die privilegierte Bürokratie in der Sowjetunion repräsentierte, die dem Proletariat 1923/24 die politische Macht entrissen hatte.

Die Bürokratie bezieht alle ihre Privilegien daraus, dass sie wie ein Parasit über der kollektivierten Wirtschaft thront. Darauf beruht der widersprüchliche Charakter des von uns so bezeichneten bürokratisch deformierten Arbeiterstaats. China, Kuba, Vietnam und Nordkorea sind alles deformierte Arbeiterstaaten. In der Sowjetunion gab es Arbeiterdemokratie, bevor die stalinistische Bürokratie 1923/24 die politische Macht usurpierte; daher charakterisierten wir die Sowjetunion als einen „degenerierten“ und nicht als einen „deformierten“ Arbeiterstaat. Die bolschewistische Partei gewann nämlich bei den Wahlen zu den Arbeiter- und Soldatenräten 1917 eine Mehrheit. Es hat nie eine Arbeiterdemokratie in China, Kuba, Nordkorea oder Vietnam gegeben.

In chinesischer Sprache erhältlich



Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms

€ 1,-
(20 Seiten)

„1989/90: Revolution und Konterrevolution“ in Deutschland

€ 1,-
(24 Seiten)

Zu beziehen über:

Verlag Avantgarde
Postfach 23 5 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Die Bürokratie herrscht im Namen der Arbeiterklasse, denn alle ihre Privilegien stammen von dem Kollektiveigentum der Arbeiterklasse. Sie verteidigt den Arbeiterstaat, insofern sie damit ihre privilegierte Stellung an der Spitze des Arbeiterstaats sichern kann. So verteidigt sie den Arbeiterstaat mit ihren *eigenen* Methoden.

Die Bürokratie ist gegen die Perspektive einer Arbeiterrevolution im internationalen Maßstab. Die stalinistischen Bürokraten haben sich das nationalstalinistische Dogma zu Eigen gemacht, dass der Sozialismus – eine internationale, klas-

Ausweitung der Produktion in der staatseigenen Industrie und für die Expansion des staatlichen Sektors insgesamt. Die Preisgabe des strikten staatlichen Außenhandelsmonopols durch die Beijing-Bürokratie erleichtert der Wall Street die Pläne zur Konterrevolution. Es sind genau diese kollektivistischen Kernbereiche von Chinas Wirtschaft, die die Kräfte des Weltimperialismus ausschalten und abwickeln wollen.

Die IKL kämpft für bedingungslose militärische Verteidigung aller deformierten Arbeiterstaaten gegen Imperialismus und innere kapitalistische Konterrevolution, weil diese



Workers Vanguard



Der Spiegel

1979: Spartakisten demonstrieren vor der chinesischen Botschaft in New York gegen den Einmarsch chinesischer Truppen in Vietnam, ein beschämender Ausdruck der antisowjetischen Achse USA-China

senlose, egalitäre Gesellschaft auf der Grundlage von materiellem Überfluss – in einem einzigen Land aufgebaut werden könne. Das bedeutet, dass die Bürokratie in der Hoffnung auf Erhaltung des Status quo lieber dem Weltimperialismus entgegenkommt, damit sie weiterhin von dem Arbeiterstaat leben kann. Um die politische Herrschaft der Bürokratie zu ersetzen und die politische Form eines Arbeiterstaats in eine Arbeiterdemokratie zu verändern, ist eine proletarisch-politische Revolution notwendig, nicht eine soziale Revolution. Die wirtschaftlichen Grundlagen des Staates bleiben die gleichen.

Ein weiterer bedeutender Unterschied zwischen der Russischen und der Chinesischen Revolution ist der, dass die russische Bourgeoisie als Klasse zerstört wurde; bei der chinesischen Bourgeoisie war das nicht der Fall. Die Offshore-Bourgeoisie in Taiwan und Hongkong ist zusammen mit den Imperialisten die Hauptkraft für eine Konterrevolution in China, und die stalinistische Bürokratie stärkt diese Kräfte.

In unserem Artikel „China: Schlagt imperialistischen Drang zur Konterrevolution zurück!“ (*Spartakist* Nr. 153 und 154, Winter 2003/2004 und Frühjahr 2004), der jetzt auf Chinesisch erschienen ist, erklären wir, weshalb China ein bürokratisch deformierter Arbeiterstaat ist. Es sind die kollektivierten Kernbereiche der Wirtschaft, die weiterhin dominieren, wenn auch nicht auf eine stabile und systematische Art und Weise. Der private Sektor (einschließlich des in ausländischem Besitz befindlichen Eigentums) besteht größtenteils aus Fabriken, die Leichterzeugnisse mit arbeitsintensiven Methoden produzieren. Schwerindustrie, Hightech-Bereiche und moderne Waffenproduktion sind überwiegend in Staatsbetrieben konzentriert. Gerade diese Unternehmen haben China in die Lage versetzt, ein Arsenal von Atomwaffen und Langstreckenraketen aufzubauen, um der Gefahr eines atomaren Erstschlags der amerikanischen Imperialisten begegnen zu können. Auch alle wichtigen Banken Chinas befinden sich in Staatsbesitz. Regierungskontrolle über das Finanzsystem ist entscheidend für die Aufrechterhaltung und

Staaten kollektiviertes Eigentum zur Grundlage haben. Das bedeutet, wir machen für die Verteidigung nicht zur Bedingung, dass die stalinistische Bürokratie zuerst gestürzt werden muss, bevor wir China verteidigen. Warum ist das so wichtig hier in den USA und in anderen kapitalistischen Ländern der Welt? Wenn das Proletariat der USA, Japans und Deutschlands die historische Bedeutung der Errungenschaften der Chinesischen Revolution, z. B. der kollektivierten Wirtschaft, nicht versteht, dann wird es nie die Wichtigkeit einer Revolution gegen seine „eigene“ Bourgeoisie verstehen. Wir sind für die revolutionäre Wiedervereinigung Taiwans mit China: Das bedeutet sozialistische Revolution in Taiwan, Enteignung der Bourgeoisie in Hongkong und proletarisch-politische Revolution auf dem Festland.

Tiananmen, eine beginnende proletarisch-politische Revolution

Zunächst die Vorgeschichte – drei Schlüsselereignisse in China prägten den Tiananmen-Aufstand: die Kulturrevolution (1966–76), Chinas antisowjetische Allianz mit dem US-Imperialismus und die 1978 begonnenen Marktreformen.

Maos Kulturrevolution ist wichtig, weil sie das politische Bewusstsein der chinesischen Arbeiter, Bauern, Studenten und Intellektuellen in den 80er-Jahren stark prägte. Im Wesentlichen war sie ein Kampf zwischen zwei Flügeln der stalinistischen Bürokratie. Die Maoisten mussten den konservativen Flügel der Bürokratie (unter der Führung von Liu Shao-chi und Deng Xiao-ping) ausschalten, der China in seiner Erholungsphase nach den verheerenden Auswirkungen von Maos Großem Sprung nach Vorn, der in den späten 50er-Jahren stattfand, geführt hatte.

Millionen von Studenten wurden als Rote Garden mobilisiert, angeblich um gegen den Bürokratismus zu kämpfen und, so die RCP, gegen die Restauration des Kapitalismus. In der wirklichen Welt stellte sich das ganz anders dar. Als im Januar 1967 Arbeiter in Shanghai einen Generalstreik

Fortgesetzt auf Seite 20

China...

Fortsetzung von Seite 19

organisierten, um ihren Lebensstandard zu verteidigen, zeitgleich mit einem nationalen Eisenbahnerstreik, schickte Mao seine Roten Garden, und die zerschlugen die Streiks. Die Befehle, die die Roten Garden von Mao erhielten, könnte man als die „Zwei Jede“ zusammenfassen: „Unterstützt jede politische Entscheidung des Vorsitzenden Mao und befolgt jede Anordnung des Vorsitzenden Mao.“

Es gibt ein Vorurteil, das aus der Klassengesellschaft stammt, wonach die Herrscher nur mit ihren Hirnen und die Sklaven nur mit ihren Händen arbeiten. Die Idee, dieses Klassenvorurteil der chinesischen Intelligenz dadurch zu beseitigen, dass man Studenten, Intellektuelle und Fachleute eine Zeit lang aufs Land hinausschickt, damit sie durch Arbeit mit den Bauern dazulernen, hat seine Vorzüge. Doch so, wie Maos Bürokratie das durchführte, wurde daraus eine brutale lang andauernde Bestrafung für viele von denen, die mit Mao nicht übereinstimmten, besonders für Intellektuelle und Fachleute.

Die Kulturrevolution polarisierte die chinesische Gesellschaft entlang falscher Trennungslinien, indem sie subjektiv revolutionäre jugendliche Studenten gegen Arbeiter, die ihren Lebensstandard verteidigten, ausspielte. In diesem Kampf innerhalb der stalinistischen Bürokratie gab es für Revolutionäre keine Seite zu beziehen. Mehr Menschen starben in der Kulturrevolution als bei der Niederschlagung von Tiananmen. Doch die RCP preist Maos Kulturrevolution.

Nach Maos Tod übernahm der Deng-Flügel der Bürokratie erneut die Kontrolle über die Regierung. Die 1978 begonnenen Marktformen brachten eine neue Klasse von reichen Bauern auf dem Lande und von Kleinunternehmern hervor. Das hat, zusammen mit wachsender Arbeitslosigkeit in den Städten, den Grundstein für das riesige Wohlstandsgelände gelegt, das im heutigen China existiert.

Studenten und die Intelligenz waren glühende Verfechter der Marktformen. Deng verurteilte die Kulturrevolution, und dies löste Anfang der 80er-Jahre eine Zeit der Debatte innerhalb der Intelligenz aus. Zur vorherrschenden Einstellung chinesischer Intellektueller wurde das, was man „Neue Aufklärung“ nennt und was in hohem Maße als Emanzipation von dem vermeintlich orthodoxen Marxismus angesehen wurde. Die Intellektuellen der „Neuen Aufklärung“, die auf die Studenten, die auf dem Tiananmen demonstrierten, starken Einfluss hatten, wussten sehr wenig von chinesischer Geschichte. Sie hatten einfach westliche Ideen in den Reformprozess importiert. Insbesondere hatten die Studenten und Intellektuellen eine Menge Illusionen, dass Marktwirtschaft notwendigerweise mit „Demokratie“ einhergehen würde.

Für Marxisten ist Demokratie eine der politischen Formen eines Staates. Wie ich bereits sagte, wird der Klassencharakter eines Staates dadurch bestimmt, welche Art des Eigentums an den Produktionsmitteln von den Bullen und der Armee verteidigt wird. Wenn wir Marxisten von „Demokratie“ sprechen, dann fragen wir: Für welche Klasse? Viele Studenten und Intellektuelle hatten Illusionen in die bürgerliche Demokratie der USA. Das war eine Folge von Chinas Allianz mit dem US-Imperialismus.

Wang Hui von der chinesischen „Neuen Linken“ betont in „Die Neue Kritik“, dass China zwar schon immer am Außenhandel beteiligt war, aber „Deng Xiaopings Politik der offenen Tür eine viel engere Verzahnung von China mit dem Weltmarkt erforderte. Wie ist das passiert? Ein entscheidender Schritt bei diesem Prozess war Chinas Überfall auf Vietnam 1978 [sic! 1979] – der erste Aggressionskrieg der Volksbefreiungsarmee nach 1949.“

Als China in Vietnam einmarschierte, stellte die Spartacist League/U.S. die Losung auf: „China darf nicht Hand-

langer des US-Imperialismus sein!“ Doch weshalb marschierte China in Vietnam ein? Zunächst einmal geschah dies nur vier Jahre nachdem die vietnamesischen Arbeiter und Bauern den US-Imperialismus aus ihrem Land gejagt hatten. Dies war eine historische militärische Niederlage für den US-Imperialismus. Auch China hatte Freiwillige in Vietnam, die gegen den US-Imperialismus kämpften.



Li Zhensheng

Während Maos „Kulturrevolution“ wurden vermeintliche Feinde des Regimes gedemütigt, verfolgt und oftmals getötet

Während der Kulturrevolution wurde Mao China sehr feindselig gegenüber der Sowjetunion. Mao behauptete, dass die Sowjetunion, nicht der US-Imperialismus, die größte Bedrohung für die Welt sei. Das führte zum Besuch von Richard Nixon in Beijing 1972, wo er Mao genau zu dem Zeitpunkt die Hände reichte, als US-Kampfflugzeuge Vietnam bombardierten! Vietnam war ein enger Verbündeter der Sowjetunion. China marschierte nicht nur 1979 in Vietnam ein (übrigens eine klare Niederlage gegen die kampferprobten vietnamesischen Truppen), sondern unterstützte auch die von der CIA unterstützten Mudschahedden in Afghanistan.

Mao und Deng hatten eines gemeinsam: Großmachtbestrebungen, die von dem nationalistischen und antimarxistischen Dogma ausgingen, dass der Sozialismus in einem einzigen Lande aufgebaut werden könne. Zu Chinas krimineller antisowjetischer Allianz mit den USA kam es, weil die USA ihre Politik gegenüber China änderten, nicht andersherum. „Sozialismus in einem Lande“ bedingt Entgegenkommen gegenüber dem Imperialismus. Chinas Allianz mit dem US-Imperialismus trug zum Untergang des sowjetischen degenerierten Arbeiterstaates bei. Tatsache ist, dass ohne den Schutzschild sowjetischer Atomwaffen die Chinesische Revolution höchstwahrscheinlich mit atomarer Vernichtung durch den US-Imperialismus hätte rechnen müssen.

Der zunehmende Wohlstand infolge der Marktformen betraf nur einen sehr kleinen Teil der chinesischen Bevölkerung. Galoppierende Inflation verschärfte diese wirtschaftliche Ungleichheit, und Korruption nahm überhand. In der „Neuen Aufklärung“ entstanden über diese Frage Meinungsverschiedenheiten. Die Regierung unter Zhao Ziyang führte Antikorruptionskampagnen durch, doch die Studenten wollten eine wirksamere Kampagne.

Innerhalb Chinas ging es 1972 mit Illusionen in amerikanische „Demokratie“ und in die Gutartigkeit des US-Imperialismus los. Mitte Februar 1989 zog Gorbatschow die Rote Armee aus Afghanistan ab. Die Tiananmen-Proteste begannen ungefähr zwei Monate später.

[WIRD FORTGESETZT]

**Für Klassenkampf gegen imperialistische US-Herrscher!
Nieder mit beiden kapitalistischen Parteien – Für eine Arbeiterpartei!**

Rassistische Fundamentalisten wieder im Weißen Haus



Fotos: AP

„Die Kampagne hat mir Kapital eingebracht – politisches Kapital – und jetzt habe ich vor, es auszugeben.“ Diese Botschaft von George W. Bush nach seinem Sieg vom 2. November jagt einem eisigen Schauer über den Rücken. Die relativ hohe Wahlbeteiligung sollte angeblich gut für die Demokraten sein, doch auch die religiösen Typen mit ihren „Familienwerten“ und ihrem Glauben an „Wiedergeburt“ mobilisierten heftig für die absonderlich demente Bush-Regierung. Dabei kamen ihnen die fortgesetzten Versuche, schwarze Wähler zu entrechten, ebenso zugute wie die Wahlcomputer, die keinen überprüfbaren Beleg auf Papier hinterlassen. Entscheidend war das Aufpeitschen von Angst im Zusammenhang mit dem „Krieg gegen Terror“ sowie von religiöser und sexueller Hysterie, es gab in elf Bundesstaaten Volksentscheide zum Verbot von Ehen unter Schwulen, die überall durchgingen und so mithalfen, die Kräfte der finsternen Reaktion zu mobilisieren. Die republikanische Konsolidierung des Weißen Hauses und beider Häuser des Kongresses verheißt nichts Gutes für die arbeitende Bevölkerung, für Schwarze, Frauen, Schwule und Immigranten – sie alle sind im Visier der herrschenden Sozialreaktionäre. Einer der in Arizona angenommenen Volksentscheide verweigert Menschen ohne Staatsbürgerschaft künftig Sozialleistungen des Staates. Die Bush-Clique meint, sie habe nun ein Mandat zur Intensivierung ihres Krieges gegen Werktätige im In- und Ausland.

Sturm auf Falludscha: US-Truppen gehen mit roher Gewalt gegen Krankenhausarbeiter und Patienten vor

**USA – Hände weg von Falludscha!
USA raus aus dem Irak, sofort!**

Ganz oben auf der Angriffsliste stehen die Völker des Irak. Bei [WV-] Redaktionsschluss drangen mehr als 10000 US-Soldaten, unterstützt von irakischen Kräften, in Falludscha ein, um jede Spur von Widerstand in der sunnitischen Stadt zu vernichten. Presseberichte deuten darauf hin, dass die meisten der 250000 Einwohner aus Furcht um ihr Leben geflohen sind. Eines der ersten von den US-Besatzern ein-

genommenen Angriffsziele war Falludschas größtes Krankenhaus, ein kalkuliertes Vorgehen, um im Vorgriff auf die kommenden blutigen Massaker des US-Imperialismus jegliche Nachricht über zivile Opfer von vornherein zu unterbinden. Die *New York Times* (8. November) schrieb: „Das Krankenhaus wurde als eines der ersten Ziele ausgewählt, weil das amerikanische Militär glaubte, es sei die Quelle von Gerüchten über schwere Verluste“. Ein vor kurzem veröffentlichter Bericht der Bloomberg School of Public Health an der Johns Hopkins University in Baltimore kommt zu dem Schluss, dass zwischen März 2003 und September 2004 etwa 100000 Zivilisten im Irak starben.

Dieselbe herrschende Klasse, die die Völker des Irak vergewaltigt, plündert und schröpft auch die Arbeiter und Unterdrückten im eigenen Land und attackiert deren Rechte. Die Werktätigen in den USA müssen gegen die Besetzung des Irak durch den US-Imperialismus Partei ergreifen und den sofortigen und bedingungslosen Abzug aller US-Streitkräfte aus dem Land verlangen. Jeder Schlag, der den Besatzungstruppen versetzt wird, ist im Interesse der arbeitenden

Fortgesetzt auf Seite 22

US-Wahlen...

Fortsetzung von Seite 21

Menschen und der Unterdrückten in aller Welt, nicht zuletzt in den USA. *Verteidigt die Völker des Irak gegen den US-Angriff! Hände weg von Falludscha! USA raus aus dem Irak, sofort!*

Bushs Sieg ist „bad news“, aber Kerrys Sieg wäre nicht „good news“ gewesen. Kerry versprach, die Besetzung des Irak fortzusetzen, die US-Armee um 40.000 neue Rekruten aufzustocken und mit Nordkorea „härter“ umzuspringen. Die Demokraten sind nicht weniger als die Republikaner eine Partei der herrschenden Klasse zur Verteidigung der Interessen der US-Kapitalisten, die denen der Arbeiterklasse direkt entgegenstehen. US-Wahlen, sowieso eine beschränkte Form bürgerlicher Demokratie, fungieren als Täuschung, mit der die Bourgeoisie ihrer Klassendiktatur den Anstrich einer Zustimmung durch das Volk verleiht. Wie der bolschewistische Führer W. I. Lenin in *Staat und Revolution* schrieb: „Einmal in mehreren Jahren zu entscheiden, welches Mitglied der herrschenden Klasse das Volk im Parlament niederhalten und zertreten soll – das ist das wirkliche Wesen des bürgerlichen Parlamentarismus“. Die Werktätigen brauchen eine Arbeiterpartei, um für den vollständigen Sturz der Diktatur der Bourgeoisie und ihre Ersetzung durch eine proletarische Diktatur zu kämpfen; diese würde einer winzigen Bande übler Ausbeuter ihre Rechte entziehen, und die arbeitende Bevölkerung Amerikas hätte wirklich die Macht.

Arbeiterbürokratie demobilisiert die Arbeiterklasse

Es gibt jede Menge Händeringen über das Wahlergebnis, insbesondere in den städtischen Gebieten der so genannten „blue states“ [blau gekennzeichnete Staaten, in denen die



Esdrin/NY Times

Freiwillige Wahlhelferin für Kerry in Miami am Wahltag. Kampf für Befreiung der Schwarzen – für Sozialismus – erfordert Bruch mit der Demokratischen Partei des Rassismus und des Kriegs

Demokraten gewannen], wo Leute mit Grausen zusahen, wie sich ein Bundesstaat nach dem anderen „rot“ für Bush färbte. Liberale Ideologen, europäische Gelehrte und Demokraten-freundliche Typen in der Linken machen nun die angebliche Ignoranz und Rückständigkeit der amerikanischen Bevölkerung für Bushs Sieg verantwortlich. Aber die Verantwortung für den Mangel an militantem Klassenkampf und daraus folgend für das rückständige Bewusstsein vieler Arbeiter in den USA tragen gerade die „Reform“-Apostel. Die derzeitige Generation der Arbeiterleutnants des Kapitals – die Spitzenbürokraten der Gewerkschaftsbewegung und die ihnen hinterher trabende reformistische Linke – ist, vermittelt über die Demokratische Partei, für die

Demoralisierung und Demobilisierung der amerikanischen Arbeiterklasse verantwortlich.

Die Gewerkschaftsführer haben wirksame Formen des Klassenkampfes im Großen und Ganzen abgeschrieben. Wenn Arbeiter sie zum Streik drängten, haben die Bürokraten die Beschränkungen der bürgerlichen Gesetzgebung geltend gemacht, wie etwa das Taft-Hartley-Gesetz, das den Zweck verfolgt, die Fähigkeit der Arbeiter, die Produktion lahm zu legen und Streikbrecher zurückzuschlagen, zunichte zu machen. Wenn die Basis sie zum Streik zwang, haben diese Typen entweder schnell das Handtuch geworfen oder Ausverkaufsverträge unterzeichnet, die so ungeheuerlich waren, dass sie in Frage stellten, ob es überhaupt irgendeinen Sinn macht, Streikposten zu stehen.

Hätten die Gewerkschaften ein Zehntel der Mittel und des Personals, das ihre pro-kapitalistischen Irreführer für den Demokraten Kerry aufbrachten, dem Streik der United Food and Commercial Workers im vergangenen Frühjahr zur Verfügung gestellt, oder dem Kampf für die gewerkschaftliche Organisation bei Wal-Mart oder den ausgesperrten Hotelbeschäftigten in San Francisco, dann könnten die Dinge heute ganz anders aussehen. Statt Arbeiter quer durchs ganze Land nach Washington D.C. zum Million Worker March zu schicken, einer kaum verhüllten Kundgebung gegen Bush (also für die Demokraten) – was wäre gewesen, wenn die links tönenden Bürokraten der ILWU [Gewerkschaft der Hafens- und Lagerhausarbeiter] ihre Mitglieder dazu mobilisiert hätten, ein paar Meilen von ihrem Gewerkschaftshaus entfernt den ausgesperrten Hotelbeschäftigten in San Francisco dabei zu helfen, die Hotels dicht zu machen und ihren Streik wirklich zu gewinnen?

Die derzeitige Gewerkschaftsbürokratie ist ein Hindernis für militanten Klassenkampf, weil sie mit dem kapitalistischen System verbunden ist und dessen Staatsapparat zu Diensten steht. Ihre Unterstützung der Demokratischen Partei steht in direktem Widerspruch zu unabhängigem Klassenkampf. Notwendig ist es, für eine klassenkämpferische Führung innerhalb der Gewerkschaft zu kämpfen, die nicht nur unmittelbare, wirtschaftliche Forderungen vertritt, sondern soziale Belange in größerem Ausmaß. Verteidigung der Rechte von Immigranten gegen den „Krieg gegen Terror“ der Regierung, Verteidigung des Rechts auf Abtreibung, Freiheit für Mumia Abu-Jamal und Abschaffung der rassistischen Todesstrafe – das sind einige der Dinge, die eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung aufgreifen würde, um die geballte Macht der Arbeiterklasse für alle Unterdrückten einzusetzen.

Selten war der Bankrott der Demokratischen Partei als einer Kraft, die angeblich dem Fortschritt dient, offensichtlich, aber rechnet bloß nicht damit, dass die linken Gegner der sozialistischen Revolution ihre immer währende Suche nach einem linken Reformen aus den Reihen der Demokraten aufgeben werden. Zum Beispiel verkündet die anscheinend hinter dem Mond lebende Workers World Party: „Durch Bushs Sieg entsteht die Situation für umfassende Gegenwehr“ (*Workers World*, 11. November). Workers World und ihre International ANSWER Coalition haben zusammen mit der International Socialist Organisation (ISO) und der Revolutionary Communist Party und deren Koalition Not in Our Name bewusst eine Bewegung gegen den Krieg im Irak aufgebaut, die dazu diente, Demokraten mit linker Rhetorik wie Al Sharpton und Jesse Jackson eine Plattform zu geben, von der diese predigen konnten, junge Aktivisten und Arbeiter müssten die Demokraten wählen.

Und genau diese Bewegung, die Demokraten zu wählen – dieses Jahr ausgedrückt in der verbreiteten Stimmung „Anybody but Bush“ [Jeder außer Bush] –, hat der republikanischen Rechten den Rücken gestärkt. Eine solche

Bewegung ist bewusst aufgebaut als Ersatz für Klassenkampf und sozialen Kampf: Die Arbeiter und Unterdrückten werden angehalten, ihr Vertrauen in kapitalistische Politiker zu setzen anstatt in ihre eigene Kraft und eigenen Organisationen. Die Rolle schwarzer und „progressiver“ Demokraten, wie etwa jene, die auf Anti-kriegskundgebungen sprachen, besteht darin, jede Möglichkeit von sozialem Kampf abzuwenden und die Unzufriedenheit auf die Wahlurnen umzulenken. Die Basis für den Bodengewinn der rassistischen Fundamentalisten liegt darin, dass Klassenkampf und sozialer Kampf fehlten – genau die Kämpfe, in denen rassistische, ethnische und religiöse Spaltungen überwunden werden können.

Es gibt auf jeden Fall eine ganze Menge zu bekämpfen. Die Angriffe gegen die arbeitende Bevölkerung werden sicherlich nach der Wahl zunehmen, das beinhaltet Angriffe auf Löhne, Sozialleistungen, Gesundheitsversorgung, Bildung, das Recht auf Abtreibung und ganz einfach die Freiheit, gegen etwas zu protestieren, ohne von Gefängnis bedroht zu sein. Es stimmt allerdings auch, dass diese Angriffe sowohl unter republikanischen wie auch unter demokratischen Regierungen seit drei Jahrzehnten im Gange sind. Die Wahrheit ist – Karl Marx und Friedrich Engels haben es erklärt –, dass den Werktätigen immer mehr Elend und Unterdrückung ins Gesicht schlägt, bis sie sich gegen die kapitalistische Ordnung erheben und sie durch sozialistische Revolution stürzen.

Das politische Bewusstsein der Arbeiterklasse in den USA ist allerdings sehr niedrig. Die Arbeiterklasse war bei ihrer Geburt während der Industrialisierungswelle Ende des 19., Anfang des 20. Jahrhunderts im rassistischen Jim-Crow-Amerika ethnisch und rassistisch gespalten; diese Spaltung wurde aufrechterhalten durch die Demokratische Partei und die rein weißen Facharbeitergewerkschaften der American Federation of Labor. Die bis heute fortbestehenden Spaltungen entlang rassistischer Linien haben einen gewaltigen Anteil daran, dass das politische Bewusstsein der amerikanischen Arbeiterklasse zurückgehalten wurde und den meisten Arbeitern jeglicher Sinn für gemeinsame Klasseninteressen fehlt. Aber politisches Bewusstsein hin oder her, es hat in den USA gigantische Klassenkampfkonfrontationen mit den Bossen gegeben, die in ihrer Heftigkeit den Kämpfen in anderen Ländern nicht nachstanden.

Das kapitalistische Ausbeutungssystem selbst schafft und erhält die Konflikte zwischen den Arbeitern – diejenigen, die gesellschaftlich organisiert sind, um alles zu produzieren – und den Kapitalisten, die die Profite einstreichen, indem sie die Arbeit anderer ausbeuten. Der Ursprung der mageren Sozialleistungen, die es in dieser Gesellschaft noch gibt – Sozialhilfe, Arbeitslosenversicherung, öffentliches Bildungswesen und von der Firma bezahlte Krankenversicherung – liegt in den Klassenkämpfen der 30er-Jahre, die zur Organisierung schwarzer und weißer Arbeiter in landesweite Industriegewerkschaften führten.

Die Demokratische Partei hat diesen Reformen ihren Namen aufgedrückt. Aber in Wirklichkeit waren es Zugeständnisse, die unter dem Druck enormer Arbeiterkämpfe, geführt unter kriegsähnlichen Bedingungen, gemacht wurden. Selbst wenn die Demokratische Partei es wollte, sie könnte nicht durch einen bloßen Willensakt eine weitere Periode mit Reformen im Stil des New Deal schaffen, wie viele Arbeiter, die die Demokraten unterstützen, es gerne hätten. Es gibt einfach keinen Grund für die kapitalistischen Herrscher dieses Landes – und die Demokraten sind



New York City, 20. März: Spartacist-Block bei Demonstration gegen die Besetzung des Irak

schlicht die andere Partei der Bosse –, ohne Kampf irgendein Zugeständnis zu machen.

Unterdrückung der Schwarzen und „moralische Werte“

Die spezielle Version des christlichen Fundamentalismus, die sich mit Bushs Weißem Haus verbindet, entwickelte sich über die vergangenen vier Jahrzehnte als ideologischer Schirm, unter dem bigotte weiße Rassisten ihre Feindschaft vereinen konnten gegen Affirmative Action [Förderungsmaßnahmen für Minderheiten], Sozialfürsorge, legale Abtreibung, öffentlich akzeptierte Homosexualität und jeden anderen Ausdruck gesellschaftlicher Liberalisierung. Und dies tauchte im Mainstream der US-Politik nicht über die Republikaner auf, sondern mit der Demokraten-Regierung des für „ethnische Reinheit“ und „Wiedergeburt“ stehenden Christen Jimmy Carter. Carter startete einen „moralischen“ Wiederbewaffnungskreuzzug, um das Image der imperialistischen US-Herrscher aufzupolieren – sie waren nach der Bürgerrechtsbewegung und der Niederlage des US-Imperialismus in Vietnam ziemlich in Verruf geraten – und zugleich den Kalte-Kriegs-Feldzug des US-Imperialismus gegen die Sowjetunion zu erneuern. In jüngerer Zeit war es der ach so sympathische Südstaaten-Baptist Bill Clinton, der die Sozialhilfe wesentlich aushöhlte und Ronald Reagans Initiative vollendete, als „Alternative“ zu Armut und Arbeitslosigkeit in den Ghettos der Nation die Gefängnisse mit Schwarzen voll zu stopfen.

Neuester Anwärter auf Führerschaft der Schwarzen und einziger Lichtblick für die Demokraten während ihres Wahldebakels ist Barack Obama, gewählter Senator von Illinois. Im Geist von Booker T. Washington präsentiert sich Obama als lebender Beweis, dass das System funktioniert, er beschwört den patriotischen Schlachtruf: „Wir sind alle Amerikaner“. Yeah, und wir sind alle gefiederlose Zweibeiner. Doch keine dieser Plattheiten kann die Tatsache negieren, dass sich die rassistische Unterdrückung schwarzer Menschen in den vergangenen Jahrzehnten verstärkt hat. In dieser Frage hält es Obama mit denen, die behaupten, die fortgesetzte Unterdrückung der Schwarzen sei selbst verschuldet.

Förderungsmaßnahmen für Minderheiten an den Universitäten wurden durch die Gerichte der Bosse größtenteils erdrosselt, und durch die explodierenden Kosten für eine höhere Schulbildung werden sie zusätzlich in Frage gestellt – ohne dass John Kerry oder vor ihm Al Gore das groß bedauert hätten. Die begrenzten Errungenschaften der Bürgerrechtsbewegung werden zunehmend zerfetzt und selbst das

Fortgesetzt auf Seite 24

US-Wahlen...

Fortsetzung von Seite 23

Wahlrecht für Schwarze geriet bei der letzten Präsidentschaftswahl in Florida und auch diesmal wieder direkt unter Beschuss: allerlei Hürden, umfassende Schikanen, schmutzige Tricks und endlose Schlangen vor jenen Wahllokalen, wo diejenigen, die wenig haben, ihre Stimme abgaben. Ein Beispiel: Bob Herbert schrieb in seiner Kolumne in der *New York Times* vom 1. November über ein Flugblatt, dass in Schwarzenvierteln von Milwaukee zirkulierte. Darin wurde behauptet, Leute, die bei vorherigen Wahlen abgestimmt hätten oder die irgendeiner Sache, einschließlich Verkehrsvergehen, für schuldig befunden worden seien oder die Angehörige hätten, die wegen irgendetwas verurteilt worden seien, dürften nicht wählen. „Bei Verstoß gegen eines dieser Gesetze“, so das Flugblatt, „können Sie zehn Jahre Gefängnis bekommen und man wird Ihnen Ihre Kinder wegnehmen“!

Es ist keine Überraschung, dass der tiefe Süden und andere gewerkschaftsfeindliche Gegenden in der hintersten Provinz die Stoßtruppen für religiöse, rassistische Reaktion stellen. Beunruhigend, aber ebenfalls nicht überraschend ist, dass ein gar nicht so kleiner Teil der von Arbeitslosigkeit am stärksten Betroffenen – Arbeiter in West Virginia, Iowa und Ohio – für „moralische Werte“ stimmten. Sie tauschten ihre Hoffnung auf ein besseres Leben auf Erden bis auf weiteres für Monopoly-Spielkarten über Schlösser im Himmel ein. Das Schreckgespenst der Schwulenehe, die im Fall ihrer Legalisierung null Einfluss auf das Leben derjenigen ohne die gleichen Neigungen hätte, brachte zweifellos viele dazu, bei der Wahl eine Moral zu pushen, auf die sie selbst problemlos verzichten, wenn sich ihnen Möglichkeiten zum Vergnügen bieten. Wir verteidigen das Recht Homosexueller, Ehen zu schließen, ohne Wenn und Aber als ein grundlegendes demokratisches Recht. Es ist bedeutsam, dass die meisten Schwarzen, oft recht religiöse Menschen, die der Schwulenehe oder dem Recht auf Abtreibung eher negativ gegenüberstehen, nicht für die religiöse Rechte stimmen, da ihnen schmerzhaft bewusst ist, dass diese Reaktionäre sie als erste angreifen.

Die imperialistische Ordnung kann nicht reformiert werden

Patriarchalische Vorurteile, eine nicht unwichtige Stütze der dekadenten kapitalistischen Ordnung, nehmen in Perioden des Klassenkampfes ab, ebenso wie die Spaltungen aufgrund von Rasse, ethnischer Zugehörigkeit und Religion. Die derzeitige Periode religiöser und rassistischer Reaktion ist keineswegs einzigartig in der Geschichte der USA. In den ersten beiden Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts wurden

Arbeiter und Schwarze in grotesker Weise nach Strich und Faden ausgebeutet und unterdrückt, und eifernde Erweckungsprediger wie Billy Sunday hetzten gegen Scheidung, Whiskey und Radikale. Streiks wurden in Blut ertränkt. In der Zeit nach der bolschewistischen Revolution machten die Kräfte der Reaktion mobil, um die Gewerkschaftsbewegung zu zerschlagen, und als Antwort auf die Bewegung für Gleichstellung und Integration der Schwarzen schürten sie Rassenunruhen und griffen zum „Recht“ des Lynchgesetzes. Der Ku Klux Klan wuchs mit Riesenschritten, während Arbeiterlöhne selbst bei den weißen Facharbeitergewerkschaften halbiert wurden. Doch in dieser Feuerprobe des Terrors wurden heldenhafte Kämpfer für die Arbeiterklasse und für die Befreiung der Schwarzen geschmiedet. Anfangs sammelten sie sich in der syndikalistischen Industrial Workers of the World (IWW). Die besten von ihnen bildeten im Kielwasser der Oktoberrevolution 1917 in Russland den Kern der Kommunistischen Partei der USA unter der Ägide der Kommunistischen Internationale, inspiriert von den Bolschewiki, die die bis heute einzige siegreiche proletarische Revolution geführt haben.

Innerhalb eines Jahrzehnts – von Lenins und Trotzki's Kommunistischer Internationale geschult in der Notwendigkeit, den Klassenkampf in den USA mit dem Kampf für die Befreiung der Schwarzen zu verknüpfen – führten dann diese kommunistischen Kräfte die gewaltigen Klassenschlachten der 30er-Jahre. Doch diese viel versprechenden Kämpfe wurden durch die Kommunistische Partei an Roosevelts New-Deal-Demokraten ausverkauft. Die KP folgte der Linie der Stalinisten in Moskau, die 1923/24 die politische Macht von den Arbeitern in Russland usurpiert hatten und dabei waren, ihre Herrschaft über den Arbeiterstaat zu festigen. Die von den Stalinisten vorangetriebene Linie hieß, international Arbeiterkämpfe abzuwürgen und zugleich Deals mit den imperialistischen Herrschern auszuhandeln im borierten diplomatischen Interesse russischer Außenpolitik.

Das heutige Amerika weist Ähnlichkeiten zum Amerika der 20er-Jahre auf, unterscheidet sich aber auch erheblich davon. Ähnlich ist die grundlegende Feindschaft der Kapitalisten gegen jeden Fortschritt der Arbeiterklasse; ein großer Unterschied besteht darin, dass die endgültige Niederlage der bolschewistischen Revolution durch die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 die Hoffnung auf eine sozialistische Zukunft selbst bei den kämpferischsten Teilen der Arbeiterklasse zu einem scheinbar utopischen Traum werden ließ, auch bei den Jugendlichen, die sich den Verbrehen des kapitalistischen Systems widersetzen.

Doch der Klassenkampf, dessen bisheriger Höhepunkt die Russische Revolution war, kann und wird nicht ausgelöscht werden. Es ist nicht nur eine brennende Notwendigkeit; es ist unvermeidlich, dass sich die amerikanische Arbeiterklasse zum Widerstand erheben wird gegen die seit 30 Jahren andauernden unaufhörlichen Angriffe auf ihr Wohlergehen. Und was dann? Die Arbeiter können die Bedingungen, unter denen sie gelebt haben, nur in Zeiten des Klassenkampfes überwinden – und auch dann nur, wenn ein Weg vorwärts erkennbar ist, und es ist Aufgabe einer revolutionären Arbeiterpartei, diesen Weg zu weisen. Im Verlauf des Klassenkampfes kann sich eine neue Führung der Arbeiterbewegung entwickeln, können die derzeitigen Verräter gestürzt werden. Im Feuer des Kampfes werden sich auch die Kader zusammenschließen, um die internationalistische revolutionäre Partei zu schmieden, die den Sturz des blutgetränkten kapitalistisch-imperialistischen US-Systems anführt und eine Arbeiterregierung bildet. Das wäre der entscheidende Beginn für die Schaffung einer weltweiten sozialistischen Ordnung, die der Ausbeutung und Unterdrückung des Menschen durch den Menschen für alle Zeiten ein Ende setzen wird.

Übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 836, 12. November 2004



WORKERS VANGUARD 50c

ANC's Neo-Apartheid Capitalism
AIDS Ravages South Africa

Free HIV Drugs for All!

Abonniere jetzt!

Workers Vanguard zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History*

Luftpost € 25,-
Seepost € 10,-

Bestell bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 235 55
10127 Berlin
Konto 1 19 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 1

zeitgleich machten die US-Imperialisten Falludsch dem Erdboden gleich, zerstörten die Häuser und erschossen Zivilisten, um die Stadt von Terroristen zu „befreien“.

Die Reaktion in Deutschland war, diejenigen, die das Ziel des Staatsterrors und der pogromartigen Angriffe waren, für diese verantwortlich zu machen und es auf hier zu übertragen. *Der Spiegel* erklärt:

„So geht es immer auch um die Türken, wenn seit dem Mord am niederländischen Filmemacher Theo van Gogh erregt um Integration, um Islamisten, Schultests oder Hassprediger, Leitkultur oder unterdrückte Frauen, um nationale Identität, Parallelgesellschaften, Straftäter und Migration gestritten wird.“ (29. November)

Wenn Repräsentanten des Vierten Reichs „erregt“ um die größte „nichtdeutsche“ Bevölkerungsgruppe des Landes „streiten“, ist es mordsgefährlich. Die Brandanschläge auf Moscheen in Sinsheim und Hamburg sind eine fürchterliche Erinnerung an die Brandanschläge in Mölln und Solingen und das Pogrom in Rostock 1992/93. Heim und Leben der Immigrantenfamilien wurden zerstört, in Solingen fünf Frauen und Mädchen ermordet. Die faschistischen Terroristen wurden zu ihren Taten damals von einer rassistischen Hysterie ermutigt, die durch eine Kampagne von CDU und SPD, das Asylrecht zu zerstören, aufgepeitscht worden war.

„Krieg gegen Terror“ heißt Krieg gegen Immigranten, Linke, Arbeiter

Bereits im Oktober dieses Jahres plante die CDU mit einer chauvinistischen „Unterschriftenkampagne“ gegen einen EU-Beitritt der Türkei Rassismus anzuheizen und ihre rechte Wählerschaft zu befestigen. Mit der Explosion der „Integrationsdebatte“ wurde das Thema von ihnen wieder aufgegriffen, gerade als ein EU-Gipfel über den Beginn von Beitrittsgesprächen ab 2005 entscheiden sollte. Die Ankündigung der CDU, zur nächsten Bundestagswahl den EU-Beitritt der Türkei zum Wahlkampfthema zu machen, ist die Androhung, rassistischen Populismus in einer Situation zu benutzen, wo es weit verbreitete Unzufriedenheit mit den Angriffen auf den „Sozialstaat“ gibt. Der rechte SPD-Ex-Kanzler Helmut Schmidt setzte den Ton für eine kaum verhüllte chauvinistische Hysterie mit seinen für ihn nicht neuen Bemerkungen, dass es ein „Fehler“ gewesen sei, Arbeiter aus „fremden Kulturen“ in den 60er-Jahren hierher zu bringen. Schröder hat sicherlich an Popularität in der Türkei und bei der ethnisch türkischen Bevölkerung in Deutschland für seine Haltung gewonnen, die Türkei in den Kandidatenstatus für die EU aufzunehmen und so scheinbar auf ihrer Seite zu stehen. Wir sind kompromisslos gegen die chauvinistische antitürkische Kampagne. Gleichzeitig sind wir unversöhnliche Gegner der imperialistischen EU und jeder ihrer Ausweitungen. Dies würde nur die imperialistische Ausbeutung der türkischen Bevölkerung erleichtern, wozu auch die brutalen Kürzungsmaßnahmen gehören, die für Kandidaten erforderlich sind. Wie das rassistische Arbeitsverbot gegen die neuen EU-Mitglieder unterstreicht und die Kampagnen zur Unterdrückung von PKK und linken türkischen Organisationen in EU-Ländern zeigen, sind die EU-Imperialisten Feinde der Arbeiterklasse sowie der Kurden und anderer unterdrückter nationaler Minderheiten.

Der Hintergrund der jetzigen antimuslimischen Kampagne ist der von der SPD/Grünen-Regierung geführte so genannte „Krieg gegen den Terror“. Dieser „Krieg“ ist in Wahrheit ein Krieg gegen Immigranten und wen auch immer die Regierung zum „Feind“ erklärt. Das zeigte sich Anfang Dezember, als Allawi, Kopf des US-installierten iraki-



RP-Foto: Martin Kempner

Solingen 1993: Brandanschlag drei Nächte nach Abschaffung des Asylrechts durch CDU, FDP und SPD

schen Marionettenregimes, Schröder in Berlin besuchte. Polizei und BKA führten national koordinierte Razzien in Wohnungen und Geschäften durch und verhafteten drei Iraker und einen Libanesen, von denen sie behaupteten, sie hätten etwas mit einem „geplanten“ Attentat auf Allawi zu tun. Laut *Tagesspiegel* (5. Dezember) ist *nichts* gefunden worden, was „zur Vorbereitung eines Anschlags dienen“ könnte! Der „Krieg gegen den Terror“ ist ein Angriff auf grundlegende demokratische Rechte und zielt letztendlich auf die Linke und die gesamte Arbeiterbewegung. Die integrierten Gewerkschaften müssen sich gegen diese Kampagne stellen und an der Spitze der Immigranten und aller Unterdrückten gegen rassistische Angriffe, Abschiebungen und die Aushöhlung demokratischer Rechte mobilisieren. *Nieder mit dem rassistischen „Krieg gegen den Terror“! Volle Staatsbürgerrechte für alle, die hier leben!*

Man muss sich nur Schilys „Sicherheitspakete“ ansehen, von denen das erste nach dem Terroranschlag vom 11. September 2001 verabschiedet wurde. Das dritte würde nach Schilys Willen dem BKA mehr Macht geben, den Verfassungsschutz stärken und ein nationales „Anti-Terror“-Zentrum in Berlin kreieren, d. h. die erste zentralisierte nationale Polizeikörperschaft seit der Gestapo. Das BKA, das als ein notorisch brauner Sumpf nach dem Zweiten Weltkrieg aus dem Abschaum der ehemaligen SS und anderen Massenmördern aufgebaut wurde, würde unter anderem die Befugnis erhalten, jeden Beliebigen auszuspionieren, ohne auch nur den Vorwand des „Verdachts auf kriminelle Betätigung“ zu benötigen. Die herrschenden Kapitalisten wären dann einen weiteren Schritt vorgekommen, die „Vergangenheit zu überwinden“ und den deutschen Imperialismus wieder als eine Weltmacht zu etablieren. Diese Maßnahmen werden unter Ausnutzung und Aufpeitschung der Furcht vor „islamischem Terrorismus“ durchgedrückt. Herzstück der neuen zentralisierten Polizei ist die so genannte Islamistendatei. *Der Spiegel* kommentierte, dass sich Schilys Chance, seine Pläne durchzubekommen, besonders seit dem verbrecherischen Terroranschlag am 11. März 2004 in Spanien verbessert haben: „... niemand möchte von Schily als Bremser an den Pranger gestellt werden, sollte tatsächlich einmal in Deutschland eine Bombe detonieren“ (8. November).

Fortgesetzt auf Seite 26

Volle Staatsbürgerrechte..

Fortsetzung von Seite 25

Die Islamistendatei ist für Schily nur ein Schritt zu seiner zentralen Anti-Terror-Datei: „Beispiele wie die PKK oder die Volksmudschahidin Iran zeigen, dass eine Beschränkung auf den islamistisch motivierten Terrorismus zu kurz griffe“ (*Der Spiegel*, 20. November).

Mediendebatte über „Integration“ stärkt rassistische Ausgrenzung

Wenn Schröder warnt, dass mythische „Parallelgesellschaften“ nicht toleriert werden sollten, so ist das eine Botschaft, dass die Bevölkerung türkischen, kurdischen, arabischen und generell muslimischen Hintergrunds nicht „toleriert“ wird und besser auf Linie bleibt, was ihre Isolierung von der Gesamtgesellschaft verstärkt. Ein Artikel von Y. Michal Bodemann, Professor für Soziologie in Toronto, weist recht machtvoll darauf hin, dass es, wenn man das Wort Jude an die Stelle von Muslimen oder Türken setzen würde, einen berechtigten Aufschrei über derartig rohen Antisemitismus geben würde:

„Übersehen wird dabei, dass es hier weitgehend um für Migranten reformulierte alte Antisemitismen geht: von der ‚Parallelgesellschaft‘ (Den Juden, die nur ihresgleichen helfen) zur ‚Undurchsichtigkeit‘ (den verdeckt operierenden, verschwörerischen Juden) bis hin zum jüdischen und türkischen Patriarchat.“ („Unter Verdacht“, *Süddeutsche Zeitung*, 20. November)

Die Juden von heute sind die Türken, Kurden und generell muslimische Immigranten in Deutschland, die im Fadenkreuz der rassistischen Reaktion und des rassistischen Staatsterrors stehen.

Die Bürgermeister der Berliner „Problembzirkel“ haben rassistische Tiraden über die angeblich mangelnde Integrationsbereitschaft der dort lebenden Immigranten losgelassen. Jobs und Zukunft haben sie den Jugendlichen dieser Bezirke, die durch systematische rassistische Diskriminierung am unteren Ende des ohnehin schlechten Arbeitsmarktes stehen, nicht zu bieten. Stattdessen wollen sie mehr Bullen haben und die Staatsgewalt stärken, um genauer zu überwachen, was die Imame predigen; und alles soll zwangsmäßig auf Deutsch abgehalten werden. Der Berliner Senat will staatlich kontrollierten Islamunterricht. Die Arbeitslosigkeit beträgt 40 Prozent unter der eingewanderten Bevölkerung Berlins. Insbesondere gibt es keine Jobs für junge Frauen aus diesen Bezirken, und das bedeutet keine Chance auf ökonomische Unabhängigkeit. Das ist eine vernichtende Anklage gegen dieses rassistische kapitalistische

System. Man wird eine Arbeiterrevolution brauchen, um die herrschenden Kapitalisten zu enteignen, deren irrationales Profitsystem all dem zugrunde liegt. In einer Periode relativ niedrigen Klassenkampfes und nach der kapitalistischen Konterrevolution von 1990–92 in Osteuropa und der Sowjetunion scheint dies vielen als utopisch. Aber Klassenkampf ist unvermeidbar, was angesichts der schwelenden Wut über die Angriffe der SPD/Grünen-Regierung greifbar ist.

Notwendig ist eine revolutionäre Avantgardepartei, um die unvermeidlichen Kämpfe zu einer erfolgreichen, revolutionären Lösung zu führen. Diese Partei wird durch die Intervention in soziale Kämpfe aufgebaut werden, indem die klassenbewusstesten Kämpfer zu einem revolutionären Kadaver geschmiedet werden und darum kämpfen, das Klassenbewusstsein der Arbeiter zu heben. Dafür kämpfen wir Spartakisten. Ein strategischer Teil dieses Programms ist der Kampf, die Arbeiterklasse gegen rassistische Unterdrückung zu mobilisieren.

Für die revolutionäre Einheit der multiethnischen Arbeiterklasse!

Das einzige internationalistische, antirassistische Programm, das siegen kann, ist das der Mobilisierung der Arbeiterklasse gegen die Kapitalisten und ihr System von Rassismus und Krieg. Nur im Kampf Klasse gegen Klasse können die nationalen und ethnischen Spaltungen zwischen den Arbeitern, die eine falsche Identifizierung mit den „eigenen“ Bossen ausdrücken, ausgeräumt werden. Die Notwendigkeit, dass die Arbeiterklasse ihre soziale Macht im Kampf gegen den rassistischen Staatsterror nutzt, muss im Verlauf der Kämpfe bewusst gemacht werden. Die gleichen holländischen Bullen, die bürgerkriegsähnliche Einsätze – die Abriegelung und Terrorisierung des Immigrantenviertels von Den Haag – durchführten, schlugen auch Hafenerbeiter die Köpfe ein, als diese 2003 gegen das „Port Package“ der Bosse und der EU in Rotterdam kämpften.

Entscheidend für diese Perspektive „Klasse gegen Klasse“ und dafür, die Arbeiter von ihrer gegenwärtigen sozialdemokratischen Führung zu brechen, ist das Ziehen einer Linie gegen alle rassistischen Vorurteile in der Arbeiterklasse mit der Forderung nach **vollen Staatsbürgerrechten für alle, die hier leben**. Staatsbürgerrechte sind eine demokratische Errungenschaft, die jedoch rassistische Diskriminierung nicht beenden und auch nicht die vielen Probleme lösen, denen Flüchtlinge, Immigranten oder ihre hier geborenen Kinder und Enkel gegenüberstehen. Dass dies so ist, beweisen die Pakistaner und Inder in Britannien oder die maghrebische Bevölkerung Frankreichs, die Staatsbürgerrechte haben. Aber der Kampf für diese grundlegende Forderung hätte einen riesigen Einfluss auf die Kampffähigkeit der Arbeiterklasse insgesamt und wäre ein Sieg für den Internationalismus. Überdies führt der Kampf für gleiche Rechte – das Recht zu arbeiten und sich in die Gesellschaft zu integrieren ohne die Furcht vor Abschiebung, rassistischem Terror und Diskriminierung – die Arbeiterklasse direkt in Konflikt mit dem irrationalen und ungerechten Bedarf des kapitalistischen Systems der Produktion für Profit. Dieses Bestreben wird erst völlig verwirklicht werden können durch die Herrschaft der Arbeiterklasse und wird (wie es auch historisch der Fall gewesen ist) in die Grundsätze der Arbeiterregierung geschrieben werden, die auf proletarischem Internationalismus basiert.

Als ein Ergebnis der kapitalistischen Konterrevolution in der DDR und Osteuropa hat heute die deutsche Bourgeoisie ein großes Reservoir von arbeitslosen ausgebildeten Arbeitern und versucht einfache Arbeit in Länder zu exportieren, wo die Profitrate wesentlich höher ist. Während türkische und kurdische Arbeiter ein strategisch wichtiger Teil der Arbeiterklasse in Deutschland bleiben, haben die rassis-

Abonniert!

Zeitung der
Ligue trotskyste
de France

4 Ausgaben

€ 4,50

enthält *Spartacist*

(französische Ausgabe)

Bestellt bei:

Postfach 235 55

10127 Berlin

Konto 119 88-601

Postbank Frankfurt/M.

BLZ 500 100 60



tischen Herrscher Deutschlands zunehmend keinen ökonomischen Bedarf an einem großen Teil der türkischen und kurdischen Bevölkerung hier, speziell die zweite und dritte Generation, für die es keine Arbeit gibt. Sie werden von der herrschenden Klasse sowohl mit rassistischer Verachtung als auch mit Furcht betrachtet, weil sie sozialen Sprengstoff darstellen.

Es ist unerträglich, wenn Schröder von den Immigranten verlangt: „Sie müssen sich klar und unmissverständlich zu unserer Rechtsordnung und unseren demokratischen Spielregeln bekennen“ (*Süddeutsche Zeitung*, 20. November). Diese rassistische Gesellschaft *verweigert* Millionen der zweiten und dritten Generation von „Immigranten“, die hier leben, das *grundlegende Recht auf Staatsbürgerschaft* (zu wählen und die gleichen Rechte zu haben wie andere Bürger) und behandelt sie als „Ausländer“, obwohl sie hier geboren sind oder den größten Teil ihres Lebens hier verbrachten. Aber die kapitalistischen Herrscher bieten den „Nicht-Deutschen“ auch keine Zukunft: Allein zwischen 1998 und 2002 ist die Beschäftigung „ausländischer“ Arbeiter in der Schwerindustrie um 15 Prozent zurückgegangen. 22 Prozent der „nichtdeutschen“ Bevölkerung des Berliner Bezirks Neukölln lebt von Sozialhilfe. Von diesen haben 75 Prozent keine Ausbildung. Das ist das Ergebnis der Zerstörung von 250 000 Arbeitsplätzen in der Metallindustrie Berlins allein seit der kapitalistischen Konterrevolution 1990. Rassistische Diskriminierung stellt sicher, dass die Situation für Jugendliche mit Migrationshintergrund trostlos bleibt: Ein Manager eines Autozulieferers „organisiere Fahrgemeinschaften für Mitarbeiter – aus Hennigsdorf. Beschäftigte aus Neukölln könne er nicht brauchen“ (*Tagespiegel*, 13. November). Neuköllns Bürgermeister Buschowsky (SPD) schiebt die Schuld für die Trennung der Immigranten von dieser Gesellschaft unverschämter Weise auf diese selbst, weil sie in dem Bezirk eine andere Sprache sprechen: „Es gibt nichts mehr, was sie nicht in ihrer Heimatsprache erledigen können, bis hin zu eigenen, verpflichtenden Verhaltensnormen. Das nenne ich eine Parallelgesellschaft“ (*Tagespiegel*, 13. November).

Gegen solchen „Nur-deutsch“-Chauvinismus und die diskriminierende Forderung, dass islamische Predigten nur in deutscher Sprache gehalten werden dürfen, stehen wir in der Tradition von Lenin und den Bolschewiki: „Das nationale Programm der Arbeiterdemokratie: absolut keine Privilegien für irgendeine Nation, für irgendeine Sprache“. Aber wir sind nicht gleichgültig über die Frage der Sprache. Die Beherrschung der deutschen Sprache ist eine grundlegende Vorbedingung für Jugendliche aus ethnischen Minderheiten dafür, dass sie in diesem kapitalistischen System eine Chance auf einen Arbeitsplatz haben. Und *dafür* sind wir, weil es der einzige Weg ist, um die notwendige soziale Macht zu bekommen, gegen dieses rassistische System zu kämpfen. Das neue Zuwanderungsgesetz verlangt das Beherrschen der Sprache und setzt gleichzeitig den Leuten die Pistole an den Kopf mit der Drohung von Abschiebung. Das nennt sich dann zynischerweise „Integrationsförderung“. Dies ist nicht mehr als ein grausamer Witz, da der Staat überall in Deutschland die Bildungsprogramme massiv einschränkt, von Kinderkrippen über bezahlbare Sprachkurse bis zum zweisprachigen Unterricht. Wie wir in dem Artikel „Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!“ (*Spartakist* Nr. 144, Sommer 2001) schrieben:

„Wir befürworten kostenlose zweisprachige Programme



Spartakist

Berlin, 1. Mai: DIDF-Gewerkschafter für integrierten Kampf. Einheit der Arbeiterklasse muss aber gegen nationalistische SPD errungen werden

als eine rationale Herangehensweise, Kindern eine Brücke zu bauen zwischen ihrer Muttersprache und der deutschen Sprache.“

Für kostenlose, hochwertige Sprach-, Lese- und Schreibkurse für alle, die sie wollen!

Millionen türkischer Arbeiter haben sich unter schlimmsten Bedingungen abgerackert für die Profite der deutschen Kapitalisten. Diejenigen, die jetzt in Arbeitslosigkeit geraten, sind bitterer Armut durch Hartz IV ausgesetzt und können sogar abgeschoben werden. Die Krokodilstränen der Bourgeoisie über das Schicksal von türkischen und kurdischen Frauen, die unter einer schrecklichen, unterdrückerischen Familiensituation leiden, sind reine Heuchelei, wenn man überlegt, dass sie am härtesten betroffen sind von Arbeitslosigkeit und Hartz IV, welches das Einkommen des Partners einberechnet dabei, ob man überhaupt etwas bekommt. *Ein Arbeitsplatz* ist die Grundlage für Unabhängigkeit und für die Hoffnung sich integrieren zu können, aber die Kapitalisten – die nur für *Profit* produzieren und nicht für soziale Bedürfnisse – können ihn einem großen Teil der Bevölkerung nicht zur Verfügung stellen.

Die Arbeiterklasse muss für Arbeit für Alle kämpfen. Dies ist unerlässlich für die Existenz und Effektivität ihrer Gewerkschaften, weil sonst die Bosse das perfekte Werkzeug haben, die Arbeiter durch die Drohung mit Massenarbeitslosigkeit zu erpressen. Wie die militanten Kämpfe für die 35-Stundenwoche in den 80er-Jahren zeigten, stehen die Teile der Arbeiterklasse, die von Arbeitslosigkeit am stärksten bedroht und betroffen sind – Frauen und Immigranten – oft in der ersten Reihe der kämpferischsten Arbeiter. Aber die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer unterminieren dies durch nationalistischen Protektionismus und Chauvinismus. DGB-Vorsitzender Sommer unterschrieb skandalöserweise eine gemeinsame Erklärung mit dem Arbeitgeberpräsident Hundt, die nur so strotzt von rassistischer Raserei zur Verteidigung der „nationalen Identität“ gegen die „islamische Bedrohung“: „Die Werte des Grundgesetzes bilden das Fundament der Bundesrepublik Deutschland... Wer gegen sie handelt – ob unter dem Deckmantel der Religion oder zur Durchsetzung extremistischer Vorstellungen – kann nicht mit Toleranz rechnen“ („Miteinander statt Nebeneinander – Integration durch Fördern und Fordern“, Gemeinsame Erklärung von Arbeitgeberpräsident Dr. Dieter Hundt und DGB-Vorsitzenden Michael Sommer, 28. November). Da macht der Vorsitzende des Bundes der

Fortgesetzt auf Seite 28

Volle Staatsbürgerrechte...

Fortsetzung von Seite 27

Arbeitergewerkschaften mit dem *Klassenfeind* gemeinsame Sache bei einer Erklärung, die die Hass-Kampagne der Bourgeoisie und der Regierung unterstützt, die unter anderem gegen die Hunderttausende von türkischen, kurdischen und arabischen Gewerkschafter im DGB gerichtet ist! Dies muss offen gelegt werden als der Verrat, der es ist, und bekämpft werden durch *politischen* Kampf gegen die der SPD treu ergebenden verräterischen Führer und für eine *klassenkämpferische Gewerkschaftsführung*.

Die Linke, Frauenunterdrückung und Rassismus gegen Immigranten

Liberales bürgerliche Ideologen wie Alice Schwarzer haben die Unterdrückung von Frauen unter dem Islam thematisiert, um antimuslimischen Rassismus respektabel zu machen. In einem Artikel des *Spiegel* vom 15. November, „Allahs rechtlose Töchter – Muslimische Frauen in Deutschland“, werden Aspekte einer sehr bitteren Realität in Deutschland angesprochen, nämlich das höllische Leben von Frauen, die jahrelang Erniedrigung, Isolation, Schlägen und Todesdrohungen durch Ehemänner, Väter, Brüder und sogar Söhne ausgesetzt sind. Mädchen und junge Frauen, die nach Deutschland gebracht wurden, um unter Zwang einen Mann zu heiraten, den sie nie zuvor gesehen haben, werden in Isolierung gehalten, wie es sehr machtvoll und schmerzhaft in Tefvik Basers Film „40 Quadratmeter Deutschland“ dargestellt wurde. Diese Geschichten sind nicht neu, und deutsche und türkische Aktivistinnen für Frauenbefreiung, die jahrelang in Frauenhäusern und in sozialen Projekten gearbeitet haben, haben ihre Frustration darüber zum Ausdruck gebracht, dass niemand interessiert ist an der häuslichen Gewalt gegen Frauen. Der *Spiegel*-Artikel zitiert Zahlen über häusliche Gewalt, der 25 Prozent aller Frauen und 38 Prozent der Frauen türkischer Herkunft ausgesetzt sind. Aber die entsetzliche Wahrheit ist, dass das Schicksal der Frauen instrumentalisiert wird, um die gesamte muslimische immigrierte Bevölkerung zu brandmarken und um mehr staatlichen Zwang und Unterdrückung gegen Immigranten zu fordern. Während alle sozialen Programme, inklusive Frauenhäuser, Kinderkrippen und Kindergärten sowie kostenlose Sprachkurse, zusammengestrichen werden, rufen die Experten des *Spiegel* scheinheilig dazu auf, „Menschenrechte und Frauenrechte in den Schulen“ zu lehren. Sie jubeln das rassistische Zuwanderungsgesetz als einen „ersten Schritt“ und verlangen eine verschärfte Einwanderungspolitik gegen Frauen, die aus der Türkei oder arabischen Ländern hierher gebracht werden, mehr staatliche Kontrolle, was in Koranschulen gelehrt wird, usw.

Die „Sorge um Frauenrechte“ von der Bourgeoisie ist eine atemberaubende Heuchelei. In Afghanistan spielten die USA und die westeuropäischen Imperialisten eine maßgebliche Rolle bei der Unterstützung des Aufstiegs des politischen Islam, als sie ab 1979 Osama bin Laden und die Frauen hassenden Mörderbanden der Mudschaheddin gegen die sowjetische Rote Armee finanzierten und bewaffneten. Das war Teil des zweiten Kalten Krieges, um die verbliebenen Errungenschaften des bürokratisch degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion zu zerstören. Afghanistan war das einzige Beispiel in der modernen Geschichte, wo ein Krieg angefangen wurde über die Frage von Rechten für Frauen. Die Rote Armee stand eindeutig auf der Seite des sozialen Fortschritts – es wurde Bildung, wissenschaftliches und technisches Training für Frauen eingeführt und der Sklavenhandel mit Frauen wurde eingeschränkt – gegen den reaktionären Abschaum, welcher unverschleierte Frauen Säure ins Gesicht goss und sowjetische Soldaten bei lebendigem Leibe

häutete, weil ihre Anwesenheit es ermöglichte, dass junge Mädchen Lesen und Schreiben lernen konnten. Wir hatten eindeutig eine Seite. Wir sagten: „Hoch die Rote Armee in Afghanistan! Weitet die Errungenschaften der Oktoberrevolution aus!“ Die antisowjetische Einheitsfront in Deutschland – welche von den Nazis über Helmut Schmidt und die SPD, den bürgerlichen Feministinnen bis zu den reformistischen Linken der Pseudotrotzkisten und türkischen Maoisten usw. reichte – hatte auch eine klare Seite: mit den Mullahs und gegen die Rote Armee!

Die heuchlerische Instrumentalisierung der Frauenunterdrückung unter dem Islam wurde über die Kampagne für das rassistische Verbot des Kopftuchs für Lehrerinnen und Beamtinnen vorangetrieben. Der SPD/PDS-Senat setzte das Verbot im Juli für das Land Berlin durch, und Schröder trommelte jetzt im November dafür. Viele linke türkische und kurdische Organisationen, die ebenfalls im Fadenkreuz der antimuslimischen Kampagne stehen, unterstützen das Verbot. Die Föderation der Demokratischen Arbeitervereine (DIDF) prangert zum Beispiel zu Recht die „hysterische Hetzkampagne“ an und zeigt auf, wie die antimuslimische Kampagne dazu dient, staatliche Repression zu stärken und demokratische Rechte einzuschränken („Erklärung der DIDF zur aktuellen ‚Integrationsdiskussion‘: Für eine gemeinsame Zukunft“, 30. November). DIDF beugt sich aber der SPD und unterstützt das rassistische staatliche Kopftuchverbot: „Daher tritt die DIDF strikt gegen alle religiöse Symbole in Schulen und öffentlichen Anstalten auf“ („Welchem Zweck dient die Kopftuchdebatte?“, 11. März 2004). Dies reflektiert DIDFs sozialdemokratische Illusionen, dass der kapitalistische Staat und die SPD-geführte Regierung Institutionen zum Schutz von „Demokratie“ seien, die Gleichheit und soziale Integration fördern. Falsch! Als Leninisten wissen wir, dass dies eine Illusion über den Charakter des bürgerlichen Staates ist, dessen Zweck es ist, das System aus Privateigentum und Ausbeutung aufrechtzuerhalten. Bürgerliche Demokratie bedeutet Demokratie für die Bourgeoisie, Unterdrückung der Arbeiter und, falls notwendig, rassistischen Terror. Die Unterstützung von DIDF für das staatliche Kopftuchverbot stärkt genau die rassistische Kampagne, gegen die DIDF protestiert!

In unserem Artikel „Nein zum rassistischen Kopftuchverbot!“ (*Spartakist* Nr. 152, Herbst 2003) erklärten wir, warum es notwendig ist, sich gegen das Kopftuchverbot durch den bürgerlichen Staat zu stellen:

„Das Kopftuch ist ein Instrument zur tagtäglichen Unterwerfung der Frau unter den Mann in islamischen Gesellschaften weltweit und auch in dem immer mehr ghettoisierten Leben von Immigrantinnen in Europa... Dennoch: Wir sind gegen Verbote durch den rassistischen bürgerlichen Staat, *weil sie nur brutale Maßnahmen zum rassistischen Ausschluss und zur Anheizung religiöser Bigotterie sein können.*“ (*Hervorhebung hinzugefügt*)

Die reaktionären Auswirkungen der bürgerlichen antimuslimischen Kampagne zeigen sich eindeutig darin, dass die Zahl der Frauen mit muslimischem Hintergrund, die das unterdrückende Kopftuch tragen, im letzten Jahrzehnt in Europa angesichts des verschärften gegen Immigranten gerichteten Terrors *zugenommen* hat. Die moralischen Zwänge, denen junge Frauen ausgesetzt sind, sind häufig in Teilen Istanbuls weitaus geringer als diejenigen, denen Frauen türkischen Hintergrunds in Berlin ausgesetzt sind. Denn die Segregation einer rassistischen Gesellschaft *stärkt* den Würgegriff der Familie auf das Leben dieser Frauen. *Nieder mit dem rassistischen Kopftuchverbot! Für die Trennung von Kirche und Staat! Für Frauenbefreiung durch sozialistische Revolution!*

Wir sehen den Kampf für Arbeitermobilisierungen gegen die rassistische antimuslimische Kampagne der Regierung

Falludscha...

Fortsetzung von Seite 32

Mann, der dort zurückblieb, ein Mudschaheddin sein musste.“

Viele von denen, denen es dennoch gelang, herauszukommen, wurden umgebracht, während sie zu den Flüchtlingslagern oder zu Verwandten außerhalb der Stadt flohen. US-Streitkräfte versenkten Boote, die Flüchtlinge transportierten. Der AP-Fotograf Bilal Hussein musste Gewehrfeuer ausweichen, um aus seiner Heimatstadt zu fliehen, und versuchte durch den Euphrat zu schwimmen. Mit Entsetzen musste er zusehen, wie eine fünfköpfige Familie vor seinen Augen erschossen wurde, als sie versuchte durch den Fluss zu schwimmen. Dann half er, „am Flussufer einen Mann mit meinen eigenen Händen zu begraben“.

Das Ausmaß dieses Verbrechens verlangt riesige internationale Proteste. Die internationale Arbeiterklasse, nicht zuletzt das amerikanische Proletariat, sollte Klassenkampfaktionen, Demonstrationen, Streiks und den Boykott des Transports von Kriegsmaterial organisieren. Dies erfordert einen politischen Kampf gegen die AFL-CIO-Führer, die Rücklagen der Gewerkschaften verschwendeten und Kräfte mobilisierten zur Unterstützung des Pro-Kriegs-Kandidaten der Demokratischen Partei, John Kerry, der erklärte: „Ich spreche nicht darüber, [den Irak] zu verlassen, ich spreche darüber, zu gewinnen!“ Wir fordern den sofortigen, bedingungslosen Rückzug aller US- und alliierten Truppen aus dem Irak! Wir rufen auf zur Verteidigung der irakischen Völker gegen die US-Besatzer und die Truppen und die Polizei ihrer irakischen Marionetten. Insoweit die Kräfte im Land auf die imperialistischen Truppen und ihre Söldner zielen, rufen wir zu ihrer Verteidigung auf. Jeder Schlag ge-

gen das US-Militär und die alliierten Kräfte im Irak ist ein Schlag für die Interessen des internationalen Proletariats.

Rassismus und imperialistische Besetzung

Wir haben davor gewarnt, dass die amerikanische militärische Besetzung, wenn sie auf Widerstand stoßen wird, zunehmend brutaler werden wird. Haifa Zangana, eine irakische Schriftstellerin, die unter Saddam Hussein ins Gefängnis geworfen wurde, schreibt: „Seit der formalen Übergabe der Souveränität am 30. Juni sind wir Zeuge geworden von einer Eskalation von Kollektivstrafen gegen irakische Städte nach israelischem Stil. Gemetzel an Zivilisten, verbunden mit enormen Zerstörungen an Häusern und der Infrastruktur sind zur alltäglichen Realität geworden“ (Londoner *Guardian*, 17. November). Der australische Journalist John Pilger berichtet:

„Nach Angaben eines hohen britischen Offiziers sehen die Amerikaner die Iraker als Untermenschen an, ein Begriff, den Hitler in *Mein Kampf* benutzte, um Juden, Roma und Slawen als minderwertige Menschen zu bezeichnen. Dies ist, wie die Nazi-Armee die Belagerung russischer Städte durchführte und Kämpfer wie Nichtkämpfer abschlachtete. Koloniale Verbrechen wie in Falludscha zu normalisieren macht solchen Rassismus notwendig, der unsere Vorstellung mit ‚dem anderen‘ verbindet.“

In ähnlichem Stil beschreibt ein Kommentar des *Wall Street Journal* (18. November) die Stadt Falludscha als eine „Terrorhöhle“ und rechtfertigt das Erschießen des unbewaffneten, verletzten irakischen Mannes in der Moschee. Sie höhnten: „Wer aus der Sicherheit seines Sofas in Manhattan hat das Recht zu beurteilen, was dieser Marine in der“

Fortgesetzt auf Seite 30

als Teil des Kampfes für eine leninistische Partei, die als Volkstribun aller Unterdrückten das notwendige Instrument dafür ist, revolutionäres Klassenbewusstsein in die Arbeiterklasse hineinzutragen. Die pseudotrotzkistische Gruppe Linksruck stellt sich auch gegen die antimuslimische Kampagne und zirkulierte kürzlich eine Unterschriftenliste unter der Überschrift „Schluss mit der Hetze gegen Muslime“. Während Linksruck so den berechtigten Hass vieler antirassistischer Jugendlicher gegen diese heuchlerische Kampagne anspricht und sich einen Namen als „antiimperialistisch“ macht, ist ihr Programm von Anpassung ein Hindernis, die Arbeiterklasse unabhängig von der Bourgeoisie im Kampf gegen rassistische Unterdrückung zu mobilisieren. Linksruck leugnet den unterdrückerischen Charakter des Kopftuchs und beschönigt so den Islam. Die Cliff-Tendenz, der Linksruck angehört, gehörte zu den begeistertsten Unterstützern der von den Imperialisten gesponserten islamischen Fundamentalisten gegen die Rote Armee in Afghanistan in den 1980er-Jahren. 1979 unterstützten sie Chomeinis „Iranische Revolution“, die zur Abschichtung zahlloser Frauen, Linker, Arbeiter und Kurden führte. Bei jeder Wahl bis einschließlich 2002 unterstützte Linksruck loyal die SPD/Grünen-Regierung – die offen rassistischen Terror gegen Immigranten propagierte und durchführte und imperialistische Kriege und Besetzungen vom Balkan bis Afghanistan führte. Erst vor kurzem, als Schröder zu unpopulär geworden war, wechselten sie zu unkritischer Unterstützung für die sozialdemokratische Wahlalternative.

Dringend notwendig ist eine leninistische Partei, die gegen jede Form von Unterdrückung kämpft. Die klassenbewusstesten Kämpfer von der Bevölkerung türkischen, kurdischen und arabischen Hintergrunds und ihre Söhne und Töchter der zweiten und dritten Generation werden ei-

nen entscheidenden Teil des Kadern einer solchen Partei ausmachen. Wir wollen Arbeiter und Jugendliche gewinnen, die die arbeiterfeindliche, chauvinistische und prokapitalistische Politik der Sozialdemokratie, der historischen Barriere gegen revolutionäres Bewusstsein in der Arbeiterklasse, zurückweisen; diejenigen gewinnen, die im kapitalistischen Staat keinen unparteiischen Beschützer sehen, sondern eine Maschinerie der rassistischen Unterdrückung; diejenigen gewinnen, die Schluss machen wollen mit einem System, das so brutal ist, dass religiöser Fundamentalismus sich den Anschein eines Auswegs geben kann. Wir kämpfen für diese Partei, das notwendige Instrument, um diesem grausamen und unterdrückerischen System ein Ende zu bereiten. **Für eine revolutionäre multiethnische Arbeiterpartei! Zerschlagt rassistischen Terror! Nieder mit dem deutschen Imperialismus durch Arbeiterrevolution!■**

Bestellt!

Artikel der Spartakist-Jugend, erschienen im Spartakist Nr. 144

„Stoppt rassistische Angriffe auf türkisch-deutschsprachigen Unterricht!“

€ 0,50

Zu beziehen über die Kontaktadresse





Baldwin/NY Times

Obdachlose und hungrige Flüchtlinge aus Falludscha stehen nach Zerstörung ihrer Stadt nach knappen Lebensmitteln an

Falludscha...

Fortsetzung von Seite 29

Moschee getan hat?“ Die Gräueltaten in der Moschee von Falludscha wurden sehr schnell zu einer Schablone für die US-Truppen und ihre irakischen Marionetten-Streitkräfte. Am 19. November stürmten 200–300 Truppen der irakischen Nationalgarde, unterstützt von amerikanischen Streitkräften, die Al-Hanifa-Moschee in Bagdad, als sie zum Ende des Freitagsgebets voll mit Gottesdienstbesuchern war. Beim Sturm auf diese Moschee, eine der wichtigsten Sunni-Moscheen im Irak, wurden mindestens zwei getötet und neun verletzt.

Le Monde berichtete, dass außerhalb der Moschee dutzende Männer gezwungen wurden, sich unter den Waffen der US-Armee mit dem Gesicht zur Erde auf den Boden zu legen. Die Entweihung der Moscheen ist eine riesige Beleidigung jedes Moslems in der Region und der Welt. Mit solchen Aktionen verkünden die christlichen Fundamentalisten der Bush-Regierung, dass nichts heilig ist, unter der US-Besatzung nichts verschont wird und die Opfer ihrer Politik verflucht sind.

Das Abdrehen der Wasserversorgung, das Verhungernlassen von Zivilisten, willkürliches Ermorden Unbewaffneter und Verwundeter – alles dies sind Kriegsverbrechen im Sinne der Genfer Konvention, die die USA unterzeichnet haben. Aber die einzige Regel, die die USA anerkennen, ist

die, mit der sie durchkommen. Bevor die kapitalistische Konterrevolution 1991/92 die Sowjetunion zerstörte, hielt die Angst vor dem nuklearen Arsenal der Sowjetunion den US-Imperialismus in Schranken. Jetzt, wo das militärische Arsenal der USA das Arsenal eines jeden Rivalen um ein Vielfaches übertrifft, unterdrücken die USA, wo immer es ihnen passt. Gestärkt durch die Wiederwahl eskaliert Bush die Brutalität im Irak und rasselt gegen Iran und Nordkorea dreist mit dem Säbel. Wir bestehen darauf, dass der nordkoreanische deformierte Arbeiterstaat das Recht auf nukleare Waffen hat, um sich gegen den US-Imperialismus zu verteidigen.

Der Schleier der „Neutralität“ muss vom blutigen Gesicht der Vereinten Nationen gerissen werden, deren Sanktionen gegen den Irak, die 1990 auf Geheiß der USA verhängt wurden, *eineinhalb Millionen Menschen* umbrachten. Die Hungerblockade, wie auch die UN-Waffeninspektionen, öffneten das Land buchstäblich für die Plünderung und Zerstörung durch den US-Imperialismus. Auffallend ist, dass die UNO und die Hauptorgane der kapitalistischen Medien einen frühen Hilferuf des regierenden Shura-Rates von Falludscha absolut geheim hielten. *CounterPunch* und *Asia Times* veröffentlichten Auszüge eines Briefes, der am 14. Oktober vom Falludscha-Shura-Rat an Kofi Annan gesandt wurde:

„In Falludscha haben [die Amerikaner] ein neues vages Ziel kreiert: Al-Sarkawi. Ein Jahr ist vergangen, seit dieser neue Vorwand von ihnen aufgebaut worden ist, und wann immer sie ein Haus, eine Moschee, ein Restaurant zerstören und ein Kind und eine Frau umbringen, sagen Sie: ‚Wir haben eine erfolgreiche Operation gegen Al-Sarkawi unternommen.‘ Die Bevölkerung von Falludscha versichert Ihnen, dass diese Person, wenn sie existiert, sich nicht in Falludscha befindet ... und wir haben keine Verbindung zu solchen Gruppen, die solch inhumanes Verhalten unterstützen. Wir appellieren an Sie, die UNO zu drängen, ein neues Massaker [zu verhindern], das die Amerikaner und ihre Marionettenregierung in Falludscha, wie auch in vielen anderen Teilen des Landes, bald zu starten planen.“

Keine Illusionen in kapitalistische „Demokratie“

„Demokratie“ war natürlich der Vorwand für das Blutbad in Falludscha. George Bush will ein Abziehbild von Legitimität auf die blutige amerikanische Besatzung des Irak klatschen und strebt an, „ausländische Aufständische“ (seht, wer hier wen als „Ausländer“ bezeichnet) vor den Scheinwahlen, die für den 30. Januar geplant sind, herauszusäubern. Das *Time*-Magazin berichtet, dass die CIA ihr genehme Kandidaten finanziert, so wie die „Firma“ geholfen hat US-loyale neokoloniale Regime aufzubauen – das heißt,

Bestellt!

Zweiteiliger Artikel
erschieden im *Spartakist*
Nr. 152, Herbst 2003
und *Spartakist* Nr. 153,
Winter 2003/2004.
„Das kurdische Volk
und die
US-Besatzung des Irak“

€ 1,-

Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60

„Für eine
Sozialistische Republik
Vereinigtes Kurdistan“
(Übersetzung in
Türkisch und Kurdisch)

IKL-Erklärung von 1984



wenn die USA überhaupt Wert darauf gelegt haben, nach den Kugeln noch Stimmzettel zu verteilen.

Al-Dschasira zitiert den stellvertretenden Kommandeur des US-Zentralkommandos, Generalleutnant Lance Smith, der herrschend feststellt, dass die Wahlen in Falludscha wohl überhaupt nicht stattfinden werden. „Und so könnte es sein, dass eben auch, ohne dass eine Stadt wie Falludscha abstimmt, es eine adäquate Repräsentation der Sunniten gibt, so dass sie den Eindruck haben oder es so aussieht, als ob es eine legitime Repräsentation aller involvierten Seiten sei.“ Smith sagte, dass zusätzliche Truppen eingesetzt werden, um vor der Abstimmung „die Sicherheit des Landes“ herzustellen.

Kurz bevor die USA letzten April ihren früheren Angriff auf das vorwiegend sunnitische Falludscha, in Vergeltung für die Tötung von vier Söldnern, durchführte, griffen die Besatzer auch den schiitischen Kleriker Muktada Al-Sadr an, indem sie seine Bagdader Zeitung dicht machten. Diese Ereignisse waren der Zündfunke für Proteste im Irak und einer zeitweiligen Einheit zwischen Schiiten und Sunniten gegen die Besetzung. Diesmal nutzte Washington die seit langem bestehenden ethnischen und religiösen Spaltungen im Land besser zu seinem Vorteil. Daher setzten die USA kurdische bewaffnete Kräfte in Falludscha ein und machten ihnen vor, sie seien die erwählten Statthalter Washingtons, vor den schiitischen Führern. Irak ist keine Nation, sondern ein Flickenteppich verschiedener Völker und Ethnien, der vom britischen Imperialismus nach dem Ersten Weltkrieg aus dem alten türkischen Osmanischen Reich herausgeschnitten wurde. Unter der Baath-Partei herrschte die sunnitische Minderheit über die schiitische Mehrheit, und jetzt sieht es so aus, als ob sich die Bedingungen der Unterdrückung umdrehen.

Unterdessen schauen viele irakische Kurden (Teil der kurdischen Nation, die sich auch über Teile des Iran, der Türkei und Syriens erstreckt) fälschlicherweise mit Hoffnung auf die amerikanische Besetzung als ein Schutzwall gegen die arabische Wiedereroberung. Wie wir in „The Left and the ‚Iraqi Resistance‘“ [„Die Linke und der ‚irakische Widerstand‘“] (*Workers Vanguard* Nr. 830, 6. August 2004) schrieben: „Solange die Arbeiterklasse nicht als eine unabhängige politische Kraft im Kampf gegen die neokoloniale Herrschaft hervorgeht, kann jede dieser Bevölkerungsgruppen nur zur Macht kommen, indem sie die anderen unterdrückt und in einer Allianz mit dem US-Imperialismus steht.“

Gleichzeitig demonstrierten trotz Schlägen und Verhaftungen Tausende von Leuten unerschrocken in Bagdad, Basra und Heet für die Bevölkerung von Falludscha. Die Vereinigung muslimischer Gelehrter mobilisierte 47 politische Parteien, inklusive Sunniten, Schiiten, Christen und sogar Turkmenen an der Umm-Al-Qura-Moschee, um einen Wahlboykott zu planen. Während das überforderte US-Militär seine Kräfte auf Falludscha konzentrierte, führten Guerillas groß angelegte Angriffe in Ramadi und Mossul aus.

Das US-Militär hatte gehofft, dass irakische Truppen während der Wahlkampagne die Frontlinien übernehmen würden, eine Schlüsselkomponente des trügerischen Scheins der „Souveränität“. Aber irakische Truppen desertierten massenhaft, wenn sie mit den Aufständischen militärisch konfrontiert waren. In Mossul wurden am 10. und 11. November neun Polizeistationen überrannt, während die Polizisten desertierten. Die Stationen wurden wieder eingenommen, aber nur 800 von 4000 Polizisten meldeten sich zurück zum Dienst unter den US-Besatzern (*Financial Times*, 20./21. November). Das US-Militär hat darauf zurückgreifen müssen, die Dienstzeiten von schon im Irak stationierten Truppen zu verlängern, und beruft Reservisten ein, die schon seit Jahren keine Waffe mehr in der Hand hatten oder noch nicht einmal eine Runde gejoggt sind.

Der Terror, die Zerstörung und rassistische Unterjochung durch ausländische imperialistische Truppen bedroht unmittelbar die Völker Iraks. Die Voraussetzung für jegliche Befreiung ist es, die US- und alliierten Truppen rauszuschmeißen. Dieser Kampf muss damit verbunden werden, die reaktionären klerikalischen Kräfte zu bekämpfen, die ein islamisches Regime durchsetzen wollen. Diese Kräfte wollen den Schleier und das (islamische) Scharia-Gesetz wieder einführen, der Frauen wieder auf einen Status reduziert, der sich nur wenig von dem eines Sklaven unterscheidet.

Die Arbeitslosigkeit im Irak liegt bei über 70 Prozent. Die amerikanischen Ölfirmen und ihre schäbigen Beauftragten wollen Irak ausplündern. Das bedeutet zermürbende neokoloniale Ausbeutung der Werktätigen Iraks durch die Imperialisten und ihre irakischen Handlanger. Gleichheit für alle Völker Iraks und des ganzen Nahen Ostens wird nur durch den Sturz der kapitalistischen Herrschaft in der Region und den Aufbau einer sozialistischen Föderation des Nahen Ostens zu erreichen sein. Dies wirft die Dringlichkeit des Aufbaus marxistischer Parteien auf, die den Kampf für die Herrschaft der Arbeiter in der Region führen.

Die unterjochten Massen des Irak sehen sich dem gleichen rassistischen und gewerkschaftsfeindlichen Feind gegenüber wie die arbeitende Bevölkerung und die Unterdrückten in den Vereinigten Staaten. Es ist im Klasseninteresse der amerikanischen Arbeiter, für den Abzug der US-Truppen aus dem Irak zu kämpfen. Wir stellen die Forderung nach Klassenkampf gegen den US-Imperialismus zu Hause nicht leichtfertig auf, weil wir glauben, dass dies so einfach erreicht werden kann in dem repressiven Klima nach dem 11. September und im reaktionären Kontext der „nationalen Einheit“, die sowohl von falschen Arbeiterführern, den Demokraten, als auch von den Republikanern propagiert wird. Wir machen diesen Aufruf, weil es sehr wichtig ist, die Arbeiterklasse zu dem Verständnis zu gewinnen, dass sie allein die soziale Macht hat, das amerikanische imperialistische System zu besiegen, und weil diese marxistische Perspektive der *einzig* Weg vorwärts ist. Eine revolutionäre multirassistische Arbeiterpartei muss geschmiedet werden, um den vor uns liegenden harten Kampf zum Sieg zu führen. Die Spartacist League hat sich diesem Zweck verschrieben.

Übersetzt aus *Workers Vanguard* Nr. 837, 26. November 2004

Erhältlich in Türkisch



IKL-Erklärung

Verteidigt Irak gegen Angriff von USA und verbündeten Imperialisten!

Nieder mit der UN-Hungerblockade!

herausgegeben: 23. Oktober 2002
€ 0,20

Ebenfalls in Türkisch erhältlich:

Grundsatzklärung und einige Elemente des Programms der IKL

angenommen 1998 bei der III. Internationalen Konferenz der IKL
€ 1,-

Bestellt bei:
SpAD, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Postbank Frankfurt/Main, Konto 119 88-601, BLZ 500 100 60

SPARTAKIST

Verteidigt die irakischen Völker gegen US-Besatzer!

US-Imperialisten zerstören Falludscha

Falludscha. Wie „My Lai“ muss das Wort Falludscha als ein abscheuliches US-Kriegsverbrechen in das kollektive Gedächtnis eingebrannt werden. Falludscha, eine Stadt mit 300 000 Einwohnern, die zum größten Teil entvölkert wurde, als die amerikanischen „Befreier“ mit ihren Panzern in die Stadt einfielen, auf denen in Schulbuch-Arabisch stand: „Bleib weg oder du wirst getötet.“ Falludscha dem Erdboden gleich zu machen war George W. Bushs erste Tat in seiner zweiten Amtszeit. Moscheen wurden bombardiert und dann von US-Truppen gestürmt. Kevin Sites, Korrespondent des amerikanischen Fernsehsenders NBC, filmte die Ermordung eines verwundeten, wehrlosen Mannes in einer Moschee durch US-Marines. Dieser Teil der fürchterlichen Wahrheit wurde von NBC zensiert (sie zeigten die eigentliche Erschießung nicht), weil es zu viel Realität über die Besetzung des Irak in die amerikanischen Wohnzimmer getragen hätte.

Bei dem Angriff auf Falludscha war es das erste Ziel der amerikanischen Truppen, das Hauptkrankenhaus einzunehmen, um „aufständische Propaganda“ zu verhindern, das heißt, zu verhindern, dass die Nachrichten über die riesige Zahl von zivilen Toten und Verwundeten die Welt erreichen. Das amerikanische Militär verhinderte dann, dass Personal der Hilfsorganisation Roter Halbmond Nahrung, Wasser und Medikamente zu der eingeschlossenen Bevölkerung bringen konnte. Die Zahl von Typhus-Erkrankungen steigt, da die Familien, die noch in der Stadt sind, gezwungen sind, mit Abwasser verseuchtes Wasser zu trinken. Die Wasser- und Elektrizitätsversorgung wurde vor dem US-Blitzkrieg gekappt und nicht wieder in Betrieb genommen. Kinder sterben. Verkohlte Körper liegen zwischen verbogenem Stahl, zerbrochenem Glas und den Trümmern der Stadt,



news.yahoo.com

Truppen der amerikanischen Armee beim Angriff auf Falludscha

und über allem liegt der Geruch des Todes. Einige Ärzte berichten über Beweise für den Einsatz von chemischen Waffen und Streubomben. Medizinische Behörden schätzen, dass es 800 zivile Tote gegeben hat, aber niemand weiß es genau.

Hunderte Männer, die aus Falludscha flohen, wurden von ihren Frauen und Kindern getrennt und ihnen wurde befohlen, zurück in die Stadt zu marschieren. „Es gibt nichts, was einen Aufständischen von einem Zivilisten unterscheidet“, war die Begründung eines Offiziers. Nachdem sie gezwungen wurden nach Falludscha zurückzukehren, wurden viele Männer zwischen 15 und 45 Jahren, die nicht während der Belagerung starben, verhaftet. Wie ein irakischer Journalist in einem Augenzeugenbericht im Londoner *Independent* (20. November) schrieb: „Zivilisten wurde gesagt, dass sie Falludscha verlassen sollten, so dass jeder

Fortgesetzt auf Seite 29

USA raus aus dem Irak, sofort!